UNION intern

Kreisverband Mannheim



Das offizielle Mitgliedermagazin der CDU Baden-Württemberg



CDU Baden-Württemberg



Die CDU kann digital!

- » Unser erster Digitaler Landesparteitag Seite 4
- » 21 Kampagnen für 2021 Seite 5
- » Unser Regierungsprogramm Seite 30
- » Der Bundesparteitag mit Wahl des Bundesvorstands Seite 6

CDU Baden-Württemberg



Frisch, vielfältig und so jung wie nie!

- » Unser Team zur Landtagswahl Seite 25
- » Die 70 Kandidatinnen und Kandidaten im Überblick Seite 26
- Unsere Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann:
 "Dieser Einsatz wird sich lohnen" Seite 7





Online-Marktplatz · Unternehmensprofil · Gutscheinverkauf Terminbuchungstool · Print- & Onlinewerbung

Getreu unseres Mottos "Heimat stärken" haben wir von Nussbaum Medien für Sie ein passendes Paket für die kurzfristige und vielseitige Digitalisierung Ihres Unternehmens entwickelt. Mit kaufinBW können Sie Ihre Angebote weiter online anbieten und

ausliefern und sind über Ihre Ortsgrenzen hinaus 24/7 sichtbar. Sie profitieren zudem von der hohen Reichweite aus digitalen Medien und Lokalzeitungen der Nussbaum Medien. Gemeinsam stärken wir die Heimat.





Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

wir haben zu Beginn dieses Jahres gleich zweimal gezeigt: Die CDU kann digital! Der Bundesparteitag und unser Landesparteitag waren ein voller Erfolg! Modern – Digital – ein digitales Ausrufezeichen für unsere Christlich Demokratische Union! Wir haben bewiesen, wir sind auch in diesen Krisenzeiten voll handlungsfähig. Wir haben gezeigt, wir können Demokratie auch in der Pandemie! Und wir haben gezeigt, wir sind richtig stark!

Der Bundesparteitag war ein Hochfest der Demokratie

Wir haben am 16. Januar unseren neuen CDU-Bundesvorsitzenden gewählt. Das war eine historische Entscheidung auf einem historischen Bundesparteitag. Und dieser Bundesparteitag war ein Hochfest der Demokratie – ein richtig guter, fairer demokratischer Wettbewerb. Wir hatten drei ganz hervorragende – und unterschiedliche – Kandidaten. Jede andere Partei in Deutschland wäre froh, sie hätte auch nur einen Vertreter dieses Formats!

Es ist kein Geheimnis, dass sich viele Delegierte aus Baden-Württemberg Friedrich Merz als neuen Vorsitzenden gewünscht hätten. Auch ich habe mich bereits im Februar des letzten Jahres für Friedrich Merz ausgesprochen. Freilich fiel die demokratische Entscheidung auf unserem Parteitag anders aus: Die CDU Deutschlands hat Armin Laschet zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Armin Laschet hat sich durchgesetzt – mit einem ganz starken Auftritt und ganz viel Persönlichkeit. Und seither gilt unsere ungeteilte und klare Unterstützung einzig und allein Armin Laschet. Egal, wer wie abgestimmt hat oder wer wen unterstützt hat. Jetzt gibt es nur noch eine Richtung, und das ist nach vorne! Nur geschlossen, gemeinsam und als Mannschaft werden wir Erfolg haben. Das gilt für die Landtagswahlen in wenigen Wochen, das gilt für das gesamte Superwahljahr 2021.

Wir wollen stärkste Kraft werden!

Am 14. März machen wir gemeinsam mit unseren Freunden in Rheinland-Pfalz den Auftakt für dieses Superwahljahr. Wir wählen einen neuen Landtag. Wir wählen in 70 Wahlkreisen unsere Abgeordneten. Unser Ziel dafür ist klar: Wir wollen stärkste Kraft werden. Und wir wollen mit Susanne Eisenmann die erste Ministerpräsidentin in der Geschichte unseres Landes stellen.

Bei unserem digitalen Landesparteitag am 23. Januar haben wir deutlich gemacht: Wir sind voll motiviert! Und wir haben eine Vision für unsere wunderschöne Heimat Baden-Württemberg!

Mit 100 Prozent Zustimmung haben wir bei unserem digitalen Landesparteitag 100 Punkte für Baden-Württemberg beschlossen. Unser Regierungsprogramm sind 100 Prozent Baden-Württemberg und 100 Prozent Zukunft. Wir wollen Baden-Württemberg entfesseln – mit neuen Ideen für eine neue Zeit.

Das nächste Jahrzehnt wird entscheiden, ob wir in Baden-Württemberg an der Spitze sind. Das gilt vor allem in Sachen Wirtschaft und Innovation: Wir müssen die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit Mut und Unternehmergeist nicht von Bedenken und Bürokratie erstickt werden. Wer überall nur Gefahren sieht und moderne Technologien lieber verbannt als befördert, der wird dem Erfindungsreichtum und Fleiß der Menschen bei uns im Land ebenso wenig gerecht wie den großen globalen Herausforderungen in Sachen Klimawandel oder Fluchtursachenbekämpfung.

Als CDU wissen wir zudem: Nur wer sich sicher fühlt, kann sich auch wohl fühlen. Sicher-

heit hat für uns dabei viele Dimensionen. Sie reicht von der sozialen Sicherheit und beispielsweise einer guten Versorgung im Alter über gesundheitliche Sicherheit in Pandemie-Zeiten bis hin zur Sicherheit in den eigenen vier Wänden. Ausreichend Wohnraum – auch in unseren Städten - ist uns deswegen genauso wichtig wie der Schutz vor Kriminalität und Verbrechen. Wir werden nochmals in die Ausstattung von Polizei und Justiz investieren und dafür sorgen, dass die Präsenz der Polizei auf unseren Straßen weiter steigt. Vieles haben wir erreicht - den Wohnungseinbruchdiebstahl haben wir halbiert! Die Kriminalitätsbelastung ist so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht, die Aufklärungsquote von Straftaten auf historischem Hoch! Darüber hinaus stärken wir unseren Beamtinnen und Beamten den Rücken, wenn sie von anderer Seite angefeindet und angegriffen werden. Die CDU steht wie keine andere Partei zu unserer Polizei und für die Innere Sicherheit. Das waren gute und erfolgreiche fünf Jahre für die Innere Sicherheit und unsere Polizei und wir haben übrigens noch ein paar Ideen für die Zukunft...

Dafür treten wir am 14. März an! Lassen Sie uns gemeinsam für ein starkes Ergebnis für die CDU und für unsere Kandidatinnen und Kandidaten werben und kämpfen.

Jetzt aber erstmal viel Spaß beim Lesen der neuen Ausgabe unseres UNION intern!

hou

Herzliche Grüße Ihr

Minister Thomas Strobl Landesvorsitzender



Mit dem digitalsten Parteitag in der Geschichte des Landes hat die CDU Baden-Württemberg am 23. Januar den Schlussspurt für den Wahlkampf eingeläutet. "Heute haben wir mit diesem Parteitag einmal mehr

eindrucksvoll bewiesen: Wir können Demokratie digital! Wir können Demokratie in der Pandemie. Wir wollen dieses Land führen und

wir werden die Landtagswahl für uns entscheiden!", sagte unser Landesvorsitzender, Minister Thomas Strobl bei dieser digitalen Parteitags-Premiere.

In einer kämpferischen Rede unterstrich unsere Spitzenkandidatin, Kultusministerin Susanne Eisenmann, den Anspruch der CDU, künftig die erste Ministerpräsidentin für Baden-Württemberg zu stellen. "Wir wollen alle mitnehmen und allen Menschen gute Rahmenbedingungen bieten, damit sich jede und jeder bestmöglich entwickeln kann. Mit der Wahl am 14. März wird sich entscheiden, ob wir als Baden-Württemberg in den nächsten Jahren an die Spitze zurückfinden oder ob wir uns aus Bequemlichkeit zurücklehnen", so

Susanne Eisenmann auf unserem Parteitag.

100 Punkte für Baden-Württemberg

"Wir können Demokratie

digital! Wir können Demokratie

in der Pandemie."

Neben starken Reden standen Inhalte bei

diesem Parteitag im Mittelpunkt. Dabei lag der Fokus auf dem 100 Punkte umfassenden Regierungsprogramm mit dem Titel "Neue

Ideen für eine neue Zeit", das von den Delegierten einstimmig verabschiedet wurde: 100 Prozent für 100 Punkte für unsere Heimat.

Dem Parteitag war bereits ein intensiver inhaltlicher Austausch zum Regierungsprogramm vorangegangen. Allein in der Woche vor dem Parteitag hatten mehr als hundert Mitglieder mit unserem Generalsekretär Manuel Hagel MdL rund fünfzehn Stunden lang über mehr als 200 Änderungsvorschläge beraten und in den Antragsentwurf eingearbeitet.

Einen abschließenden Höhepunkt des digitalen Parteitags bildete die erste offizielle Rede des CDU-Bundesvorsitzenden, Ministerpräsident Armin Laschet MdL, der erst wenige Tage zuvor zum Vorsitzenden gewählt worden war. Laschet ging in seiner Rede auf die spezifischen Anforderungen für einen Wahlsieg in Baden-Württemberg ein: "Wir müssen den Gründergeist in die heutige Zeit übersetzen. Es braucht eine Gründungskultur".

In den eigentlich mehr als 2000 Menschen fassenden Wagenhallen in Stuttgart waren während des Parteitags nur gut 50 Personen anwesend. Alle Delegierten und Gäste verfolgten den Parteitag über die eigens eingerichtete Parteitagsplattform. Digital wurden so gut 10.000 Menschen erreicht, Teile des Parteitags wurden live im Fernsehen übertragen. Zahlreiche digitale Grußbotschaften von Markus Söder über Sebastian Kurz bis zu Wolfgang Schäuble – um nur ein paar Namen zu nennen – haben den Parteitag angereichert und zusätzlich kurzweilig gemacht.

Mit einem Aufruf fasste Generalsekretär Manuel Hagel den Parteitag am Ende zusammen: "Wir haben 70 hochmotivierte Kandidatinnen und Kandidaten, tausende ehrenamtliche Helfer im ganzen Land und ein gemeinsames Ziel – wir wollen mit Susanne Eisenmann Historisches schaffen und die erste Ministerpräsidentin dieses Landes stellen! Packen wir es gemeinsam an!"







Über ein Kilometer Glasfaserkabel, 24 Audiokanäle, über 200 Dreiersteckdosen, mehr als eine Tonne an Beleuchtungsanlagen und eine digitale Rückwand – so konnten Thomas Strobl, Susanne Eisenmann und Manuel Hagel digital auf den Wahlkampfendspurt einstimmen.



21 Kampagnen für 2021!

Unser Regierungsprogramm für die Landtagswahl steht! In 100 Punkten zeigen wir Christdemokraten, wie wir das Land in den nächsten Jahren innovativ und zugleich sicher voranbringen werden. Doch wie kommuniziert man diese Inhalte in Zeiten einer weltweiten Pandemie an die Bürgerinnen und Bürger?

Gemeinsam mit unserer Digitalagentur Bacon & Bold haben wir 21 Punkte des Regierungsprogrammes ausgegliedert und in Online-Mikrokampagnen verwandelt. Mit solchen haben wir in den vergangenen Monaten bereits sehr positive Erfahrungen gemacht. Allein mit unseren Kampagnen "Einsatzkräfte unterstützen" und "Bestens Betreut" konnten wir 2,5 Millionen Mal Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger erreichen.

Für Jeden und Jede ist etwas dabei

Das breite Themenspektrum, das wir als letzte verbleibende Volkspartei in unserem Regierungsprogramm abdecken, spiegelt sich auch thematisch in den Kampagnen wider. Von familienpolitischen Forderungen, über innovative Wirtschaftsideen bis hin zu Infrastrukturprojekten ist für Jeden und Jede etwas dabei.

Wie funktionieren Mikrokampagnen?

Mit diesen 21 Kampagnen zu unseren Forderungen aus dem Wahlprogramm erhöhen wir zur heißen Wahlkampfphase noch einmal den Werbedruck! Über alle relevanten sozialen Netzwerke, Google, YouTube, usw. werden wir unsere Ideen für ein besseres Baden-Württemberg verbreiten. Algorithmisch gesteuert können wir hierbei genau die Zielgruppen ansprechen, die sich für das jeweils ausgegliederte Themen besonders interessieren. Anstatt also (wie früher) eine Message an eine breite Masse zu verteilen und zu hoffen, dass das Thema jemanden innerhalb der Masse interessiert, wird die Botschaft nun gezielt an bestimmte Zielgruppen ausgespielt. Anhand der Reaktionen der Ziele lernt der Algorithmus ständig weiter und kann die Ausspielung noch genauer optimieren. Diejenigen, die sich für das Thema interessieren und deshalb damit interagie-



ren, werden

an eine eigene Landingpage weitergeleitet. Hier erhalten sie zusätzliche Informationen zur Forderung und können mit einem Klick die CDU-Idee mit ihren Freunden teilen. So verbreiten wir unsere Inhalte noch stärker weiter. Um mit uns in Kontakt zu bleiben, kann man auf der Landingpage zudem die eigene E-Mail-Adresse hinterlassen.

Jetzt sind Sie gefragt!

Schauen Sie gerne auf unseren 21 Kampagnenseiten vorbei und teilen Sie deren Inhalte mit Freunden, im eigenen Ortsverband oder auf den sozialen Netzwerken!

21fuer21.cdu-bw.de







Susanne Stehle und Fabian Beine führten als Moderatoren durch den Parteitag. Unser Landesgeschäftsführer Philipp Müller erklärte das digitale Abstimmungssystem zur Antragsberatung. Den krönenden Abschluss bildete die Rede des neuen CDU-Bundesvorsitzenden Armin Laschet MdL.







Digital muss ein Parteitag noch genauer vorbereitet werden als in Präsenz – entsprechend viel gab es hinter den Kulissen zu tun. Mit Abstand, FFP2-Masken und verpflichtenden Corona-Schnelltests haben wir dabei selbstverständlich für die Sicherheit aller Beteiligten gesorgt.



Am 15. und 16. Januar 2021 hat der erste voll digitale Bundesparteitag der CDU stattgefunden. Mit 153 Delegierten hat unser CDU-Landesverband die zweitgrößte Delegation zum Bundesparteitag gestellt. "Die Demokratie steht bei uns auch in Pandemie-Zeiten nicht still. Das beweisen wir mit unserem Bundesparteitag und nächste Woche legen wir mit unserem digitalen Landesparteitag nach. Die CDU kann digital! Das gibt Schwung für unsere Landtagswahl", so unser Generalsekretär Manuel Hagel MdL. "Wir hatten die Auswahl zwischen drei bärenstarken Kandidaten für den Vorsitz. Jetzt werden wir uns hinter Armin Laschet versammeln und ihn mit aller Kraft unterstützen. Er hat in Nordrhein-Westfalen gezeigt, dass er Wahlkämpfe in der politischen Mitte gewinnen kann. Es geht jetzt um

ein erfolgreiches Wahljahr, es geht um Baden-Württemberg, es geht um Deutschland. Die CDU Baden-Württemberg ist hochmotiviert!"

Der Bundesparteitag hat außerdem den Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg, Minister Thomas Strobl, mit einem starken Ergebnis zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Der Heilbronner hat das Amt des Stv. Bundesvorsitzenden bereits seit 2012 inne und arbeitet in Zukunft eng mit Armin Laschet zusammen. "Mit Thomas Strobl haben wir eine starke Stimme an der Spitze der Bundes-CDU. Insgesamt sind wir mit einem tollen Team aus Baden-Württemberg total stark im Bundesvorstand vertreten", betonte Manuel Hagel MdL. Weiter wurde Staatsministerin Annette Widmann-Mauz

MdB ins Präsidium votiert. Mit Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble MdB und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion, Daniel Caspary MdEP, sind zwei weitere Baden-Württemberger im Präsidium der Bundespartei vertreten. Gudrun Heute-Bluhm, Monica Wüllner und Staatssekretär Thomas Bareiß MdB komplettieren aus den Reihen der Südwest-CDU den Bundesvorstand weiterhin als Beisitzer. Im Rahmen des Bundesparteitags wurden zudem die ordentlichen und stellvertretenden CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) bestimmt. Isabell Huber MdL (Kreisverband Heilbronn) und Gunther Krichbaum MdB (Kreisverband Pforzheim) werden dabei aus den Reihen der CDU Baden-Württemberg in den EVP-Vorstand entsendet.





Im Zentrum des ersten digitalen Bundesparteitags stand die turnusgemäße Neuwahl des Bundesvorstands. Bei der Wahl zum Vorsitzenden konnte sich der Chef der NRW-CDU Armin Laschet MdL durchsetzen. Thomas Strobl wurde mit einem starken Ergebnis als Stellvertreter bestätigt.





Auch wenn der Parteitag komplett digital durchgeführt wurde, war dennoch eine Messehalle notwendig, um das Bühnenbild und die Technik unterzubekommen. Beim ersten digitalen Wahlparteitag einer deutschen Partei wurde somit deutlich: Die CDU kann digital!



In der politischen Auseinandersetzung hören und lesen wir immer wieder die Redensart vom "Klotz am Bein". Zuletzt warfen die Grünen uns vor, wir wären der Klotz am Bein in der Koalition gewesen. Alles nur, weil wir unsere eigenen politischen Vorstellungen nicht einfach mal beiseite wischen. Weil wir deutlich machen, wofür wir stehen. Und weil wir nicht jeden Unfug mitmachen, zum Beispiel in der Sicherheits-, in der Verkehrs- und in der Wirtschaftspolitik. Wir als CDU haben in

den vergangenen Jahren den Takt vorgegeben in dieser Koalition. Wir müssen uns nicht verstecken.

Auch mit Blick auf mein Amt als Kultusministerin

wird ab und zu von einem "Klotz am Bein" gesprochen – und zwar vor allem von denen, die die harten und emotionalen Diskussionen scheuen und die Angst haben vor der Auseinandersetzung im Wahlkampf. Aber liebe Freundinnen und Freude, dass dieses Amt im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung steht, beweist seine immense Bedeutung. Dieses Amt ist kein Klotz am Bein, keine beliebige und lästige Verpflichtung, sondern eine höchst verantwortungsvolle und fordernde Aufgabe.

Das Bildungsressort ist das Schlüsselressort in einem Bundesland. Es ist ein Bereich, der große Gestaltungsmöglichkeiten bietet. Ein Bereich, der mutige Entscheidungen und Stehvermögen abverlangt. Wir haben in dieser Legislaturperiode wieder ein Bekenntnis zu Leistung und zu mehr Qualität ins Bildungswesen gebracht. Das ist von der Pandemie überlagert worden – insbesondere von der Frage der geöffneten oder geschlossenen Kitas und Schulen. Als Ministerin, die für Bildung und Betreuung zuständig ist, kämpfe ich seit Monaten dafür, dass gute Bildung auch in diesen Corona-Zeiten möglich ist - und dass gerade die Kleinen durch eine anhaltende Isolation keine psychischen, emotionalen und motorischen Langzeit-Schäden erleiden.

Um eines klarzustellen, weil dieser Aspekt medial teilweise verkürzt und falsch dargestellt wurde: Ich finde den Corona-Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel grundsätzlich sehr gut und richtig. Aufgrund der Infektionszahlen war ein zweiter Lockdown unvermeidlich. Ich habe nur eine andere Auffassung, ob wir uns bei den Öffnungsschritten zu Kitas und Schulen einen differenzierten Ansatz zutrauen sollten. Das hat auch nichts mit Wahlkampf zu tun, sondern mit den Erfahrungen

"Ich kämpfe dafür, dass gerade

die Kleinen durch eine anhaltende

Isolation keine psychischen,

emotionalen und motorischen

Langzeit-Schäden erleiden."

aus dem ersten Lockdown und meiner Einschätzung nach vielen Gesprächen mit Virologen, Kindermedizinern, Kinder- und Schulpsychologen und dem da-

mit verbundenen Wohl unserer Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg. Und wer, wenn nicht die CDU, kümmert sich um Familien und deren Perspektive in dieser Corona-Krise? Es geht um die Zukunft der Kleinsten.

Für mich ist eines klar: Nur mit guter Bildung können wir die großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte bewältigen und die Fragen der Zukunft beantworten. Sollen wir uns vor dieser Aufgabe in diesen schwierigen Zeiten etwa drücken? Aus Angst vor Gegenwind, aus Feigheit, aus Bequemlichkeit? Nein, liebe Freundinnen und Freude.

Nicht mit uns. Und ganz sicher nicht mit mir.

Bei unserem Landesparteitag haben wir 100 neue Ideen für eine neue Zeit einstimmig verabschiedet – mit Antworten auf die großen Herausforderungen in dem bevorstehenden Schlüssel-Jahrzehnt: den Strukturwandel in der Wirtschaft, den Klimaschutz, die Digitalisierung in all ihren Facetten, die Wohnraumnot sowie die Stärkung von Innerer Sicherheit und Infrastruktur. Und als wäre das nicht schon genug, wird all das von der Corona-Krise und ihren Auswirkungen überschattet. Um diese Aufgaben lösen zu können, braucht es eine kraftvolle, mutige und innovations-

freundliche Politik. Wir wollen, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft das Land der besten Erfindungen und Lösungen bleibt. Wir werden den Technologiewandel aktiv und offen begleiten, ohne dabei die Menschen und ihre Bedürfnisse zu vergessen. Wir werden Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft enger verzahnen und die Bedingungen für Start-ups weiter verbessern, um Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu schaffen. Wir werden die Polizei nach der größten Einstellungsoffensive in der Geschichte des Landes weiter stärken und modern ausstatten. Und wir werden die Infrastruktur für Fahrten mit Bus, Bahn, Auto und Fahrrad ausbauen und ertüchtigen, denn wir wollen niemandem vorschreiben, wie er sich fortbewegt. Kurzum: Wir werden die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich jeder bestmöglich entwickeln kann.

Lasst uns selbstbewusst sein! Lasst uns mit Mut und Kreativität die großen Aufgaben anpacken – und die Zukunft dieses Landes prägen! Und lasst uns gemeinsam für Wohlstand und eine starke Zukunft unserer Kinder kämpfen!

Glaubt mir: dieser Einsatz wird sich lohnen! Also packen wir's an!



Dr. Susanne Eisenmann ist seit 2016 Ministerin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg und seit 2017 Mitglied des Präsidiums der Landes-CDU. 2019 wurde sie zu unserer Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2021 gewählt.



jobsuche

Das neue Stellenportal für Baden-Württemberg

Im letzten Jahr hat Nussbaum Medien in seinen über 360 Amtsblättern und Lokalzeitungen ca. 40.000 Stellenangebote veröffentlicht. Umgerechnet entspricht dies ca. 800 Stellenangeboten pro Woche.

Auf **www.jobsuchebw.de** finden Sie ab sofort viele exklusive Stellenangebote aus unseren Amtsblättern und Lokalzeitungen, die ansonsten auf keinem weiteren Online-Stellenportal veröffentlicht sind. Darüber hinaus werden auf jobsucheBW auch Stellenanzeigen aus Partnerportalen mit ausgespielt.



Landtagswahl 2021

Unser Kandidat im Mannheimer Norden



Lennart Christ, Landtagskandidat für den Mannheimer Norden

Lennart Christ ist 22 Jahre alt, hat einen Bachelor als Maschinenbau-Ingenieur und arbeitet bei einer bundesweiten Prüfgesellschaft am Standort Mannheim. Seit einem Jahr ist er Vorsitzender der Jungen Union Mannheim, seit 2018 Mitglied im CDU-Kreisvorstand und seit 2019 stellvertretender Vorsitzender der CDU Wallstadt-Vogelstang. Lennart Christ ist in Wallstadt aufgewachsen und lebt dort. Er sieht sich selbst als "authentische und bürgernahe Stimme, die verlässliche und zukunftsorientiere Politik für die Menschen macht".

Landtagskandidat Christ setzt seine politischen Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik, der Digitalisierung und der Sicherheit. Für Unternehmen und Selbstständige fordert er "unbürokratische und schnelle Hilfen, die den Weg durch die und aus der Corona-Krise ebnen". In der Bildung sieht er Herausforderungen insbesondere bei der Digitalisierung der Schulen: "Die Schulen müssen wetterfest für die Zukunft werden. Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck bzw. sie dient nicht nur der Abwicklung von Unterricht in Pandemie-Zeiten. Sie soll ja auch die nachfolgende Generation fit machen für die Wirtschaft 4.0, in der Automatisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz immer wichtiger werden. Dabei ist gerade das Land Baden-Württemberg als internationaler Spitzenstandort von High Tech gefragt, die kleinen und großen Unternehmen, die Startups und Hidden Champions bei diesem Umbruch zu unterstützen, damit wir auch in Zukunft das Weltklasse-Niveau halten können." Die innere Sicherheit ist ein Thema, das Lennart Christ besonders beschäftigt: "Das Land ist für die Polizei zuständig und hat damit eine tragende Rolle in der Sicherheitsarchitektur. Ein Glück stellt die CDU den Innenminister, denn so konnten wir die größte Einstellungsoffensive bei der Polizei erreichen. Wir benötigen mehr Polizistinnen und Polizisten und müssen ihnen einen besseren rechtlichen Rahmen sowie eine bessere Ausstattung - Stichwort auch hier: Digitalisierung und Cyber-Kriminalität - geben."

Internet: https://www.lennartchrist.de/

Facebook: https://www.facebook.com/lennartchrist.ma/ Instagram: https://www.instagram.com/lennartchrist.ma/

Unser Kandidat im Mannheimer Süden



Prof. Dr. Alfried Wieczorek, Landtagskandidat für den Mannheimer Süden

Prof. Dr. Alfried Wieczorek lebt seit 1991 in seiner Wahlheimat Mannheim. Bis zum 31.12.2020 war er Generaldirektor der Reiss-Engelhorn-Museen (rem). Er ist Vorstandsvorsitzender von drei Stiftungen für die rem. Ehrenamtlich ist er derzeit Präsident des Dachverbandes Deutsche Verbände für Archäologie mit 16 Teilverbänden und rund 45.000 Einzelmitgliedern.

Vor allem die Wissenschafts- und Forschungsförderung wird auch zukünftig für Prof. Dr. Alfried Wieczorek eine gewichtige Aufgabe im Land Baden-Württemberg sein. Die Standorte nicht nur zu sichern, sondern auch zukunftsorientiert auszubauen ist dabei die dringend erforderliche Aufgabenstellung. Mannheimer Institutionen sollen daran einen wesentlichen Anteil erhalten können.

Zudem war Prof. Dr. Wieczorek zehn Jahre lang ehrenamtlich Vorstandsvorsitzender und Kuratoriumsvorsitzender des Schulträgervereins des Johann-Sebastian-Bach-Gymnasiums und damit für rund 95 Lehrerinnen und Lehrer zusammen mit der Schulleitung der Ansprechpartner. Daher möchte er sich auch zukünftig verstärkt der **Bildungspolitik** widmen.

Und auch die **Kulturpolitik** bildet einen Schwerpunkt. So will er sich für die kulturelle Vielfalt in Mannheim, für die kleinen und großen Kulturinstitutionen, für die freie kulturelle Szene sowie für das Vereinsleben weiterhin einsetzen.

Wichtig ist Prof. Dr. Wieczorek auch die **Förderung des Einzelhandels** in Mannheim. Derzeit gilt es besonders den Einzelhandel auch in den Stadtteilen in seiner Vielfalt zu erhalten. Die Corona-Zeit darf nicht zu einem Kahlschlag gerade in den Stadtteilen führen. Es liegt ihm besonders am Herzen, dass die Einkaufsstraßen nicht nur noch von Wettbüros, Spielhallen und Ein-Euro-Shops geprägt werden.

Internet: https://www.alfried-wieczorek.de/ Facebook: https://www.facebook.com/Wieczorek.Mannheim/

Aus dem Kreisverband

Landtagswahl 2021:

Gemeinsam viel erreichen für Mannheim und Baden-Württemberg

Am 14. März 2021 wird ein neuer Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Wir als CDU Mannheim möchten bei dieser Landtagswahl gemeinsam mit Ihnen viel erreichen. Wir wollen unserem Land wieder eine bessere, eine CDU-geführte Landesregierung geben. Die Umfragewerte bestärken uns darin, optimistisch und motiviert in den Landtagswahlkampf zu gehen und gemeinsam für den Regierungswechsel, für eine gute Zukunft und für eine bessere Politik in unserem Land und in unserer Stadt Mannheim zu sorgen.

Für die beiden Mannheimer Wahlkreise Mannheim 35 I (Nord) und Mannheim 36 II (Süd) haben wir ein starkes Team nominiert. Mit dem bisherigen Generaldirektor der Reiss-Engelhorn-Museen, Prof. Dr. Alfried Wieczorek, schicken wir einen unserer bekanntesten Köpfe ins Rennen um das wichtige Landtagsmandat im Mannheimer Süden. Für den Mannheimer Norden tritt mit dem Kreisvorsitzenden der Jungen Union Mannheim, Lennart Christ, ein junger und motivierter Kandidat für die Landtagsmandat an. Bürgernah, engagiert, tatkräftig und durchsetzungsstark - damit bringen beide gute Voraussetzungen mit, um die Landtagsmandate für die CDU zu gewinnen.

Unsere Kandidaten setzen sich ein für: Wissenschaft und Kunst:

Als ehemaliger Generaldirektor der Reiss-Engelhorn-Museen (rem) liegt mir natürlich die Stärkung von Kunst und Kultur sehr am Herzen. Im Landtag werde ich mich verstärkt für eine bessere Verteilung der Landesmittel zugunsten unserer kommunalen Einrichtungen einsetzen. Dabei ist auch eine Verbesserung der institutionellen Förderung der Freien Szene unabdingbar. Das Land steht in der Verpflichtung, sich auch an den Mehrkosten der Generalsanierung des Mannheimer Nationaltheaters zu beteiligen!

Wirtschaft und Digitalisierung:

Mannheim ist ein starker Wirtschaftsraum für Großindustrie, Mittelstand und Start-Up Unternehmen. Die Konversionsflächen bieten ausreichend Möglichkeiten, um Mannheim für Fachkräfte attraktiv zu machen. Der Strukturelle Wandel ist noch nicht abgeschlossen. Dabei dürfen aber auch keine ideologischen Hürden aufgebaut werden, die für den Bestand und die Schaffung von Arbeitsplätzen hinderlich sind. Für Mannheim

ist die Förderung des Breitbandbandausbaus gleichberechtigt wie für den ländlichen Raum anzusehen, da nur mit einer zuverlässigen und schnellen digitalen Infrastruktur der Wirtschafts- und Bildungsstandort gesichert werden kann. Mit einem starken Wirtschaftsstandort bewältigen wir den notwendigen sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft.

Bildung:

Bildungspolitik ist die klassische Königsdisziplin der Landespolitik. In der jetzigen Coronasituation sind verstärkt Entscheidungen notwendig, die den Unterrichtsbetrieb ermöglichen. Hierbei sind "Lüften" und "Maskentragen" weniger die politische Fragen, als die Änderung von Lehrplänen und die Gestaltung eines bundeseinheitlichen Abiturs. Bildungsgerechtigkeit spielt in unserer Gesellschaft aber auch in den unterschiedlichen sozialen Milieus eine gewichtige Rolle, der wir uns stellen müssen.

Sicherheit:

Unsere Polizei ist eine gefestigte demokratische Institution, die die Einhaltung unserer Regelungen für ein geordnetes Zusammenleben überwacht. Es ist unsere politische Rolle und unser demokratisches Verständnis, die Polizei in ihrem legitimierten Handeln zu unterstützen. Für Mannheim fordern wir eine stärkere Präsenz, die dem Oberzentrum der Metropolregion Rhein-Neckar gerecht wird.

Soziales Miteinander:

"Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft" ist eine These, die weiterhin richtig ist. Im Rahmen des demographischen Wandels darf die Landespolitik aber auch nicht die Generation, die sich im Ruhestand befindet, aus den Augen verlieren. Seniorengerechte Angebote über

die gesetzlichen Regelleistungen, wie Rente und Grundsicherung sind notwendig, um die Teilhabe am Öffentlichen Leben allen zu ermöglichen. Eine Stärkung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbauunternehmen durch das Land ist anzustreben. Der Bildung von Parallelgesellschaften ist sozial- aber auch ordnungspolitisch entschieden entgegenzutreten.

Verkehrspolitik:

Die Nutzung eines Verkehrsmittels, wie Auto, Fahrrad, ÖPNV oder zu Fuß muss in der Freiheit des Einzelnen und darf nicht der staatlichen Anordnung liegen. Dementsprechend dürfen verkehrliche Infrastrukturmaßnahmen nicht einseitig ideologisch verhindert oder begünstigt werden. Alles hat seine Berechtigung und soll im Rahmen der Landesförderung Berücksichtigung finden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Fördergelder für sämtliche Verkehrsmittel nach Mannheim und die Rhein-Neckar-Region fließen. Es wird auch Aufgabe der Landesregierungen von Rheinlad-Pfalz und Baden-Württemberg sein, die Verkehrswege über den Rhein gemeinschaftlich voranzubringen.

Umwelt:

Mannheim bietet mit seinen Freiflächen, Feldern und Wäldern ein breites Spektrum zur Naherholung. Ein Großteil sind natur- und landschaftlich geschützt. Dies ist bewusster Umweltschutz, der aber auch nicht beliebig ausgehöhlt werden darf. Die Feudenheimer Au und der Waldparkdamm genießen einen besonderen Augenmerk. Eine "Zerschneidung" der Feudenheimer Au wie die Fällung unzähliger Bäume am Waldparkdamm entspricht nicht unseren Vorstellungen eines aktiven Umweltschutzes.



»Als inhabergeführtes **Familienunternehmen** gehören soziales Engagement, regionale Verbundenheit und nachhaltiges Handeln zu der Philosophie von Nussbaum Medien. Und das seit 1959.« Wenn man in Baden-Württemberg über Amtsblätter spricht, kommt man an Medien nicht vorbei. Die Verlagsgruppe ist mit ihren 10 Niederlassungen in Weil der Stadt, St. Leon-Rot, Bad Rappenau, Rottweil, Ebersbach an der Fils, Horb,

ment verwurzelt.

Mit über 560 Mitarbeitern und einer wöchentlichen Auflage von mehr als 1,1 Millionen Exemplaren, die in über 380 Städten und Gemeinden erscheinen, ist das Unternehmen klarer Markt-

führer in Baden-Württemberg.

Dusslingen, Gaggenau, Echterdingen und Ettlingen tief in diesem Marktseg-

Nussbaum Medien unterstützt das aktive gesellschaftliche Leben in dieser Region. Dem Claim und Motto "Heimat stärken" möchte die Verlagsgruppe durch ihre Entscheidungen und ihr Tun gerecht werden.

www.nussbaum-medien.de



CDU-Kreisverband präsentiert neue Internetseite

Am Dienstag, den 16. Dezember, hat der CDU-Kreisverband seine neu Internetseite in der digitalen Sitzung des Kreisvorstandes vorgestellt. Nachdem der bisheriger Auftritt seine besten Tage bereits hinter sich hatte, ist unter Federführung des Internetreferenten Philipp Rudi in enger Zusammenarbeit mit der Kreisgeschäftsführerin Mareike Pilz der neue Internetauftritt des Kreisverbandes entstanden.

Neben der Modernisierung des Designs wurde das neue digitale Aushängeschild des Kreisverbandes auch dahingehend optimiert, dass der Besuch mit mobilen Endgeräten wie Smartphones oder Tablets richtig funktioniert. "Im digitalen Zeitalter ist die eigene Website für viele Firmen, Vereine und andere

Organisationen heute eine unverzichtbare Selbstverständlichkeit. Umso wichtiger ist es für uns, hier einen modernen und aktuellen Auftritt zu präsentieren", erklärt Rudi seine Intention.

Der Funktionsumfang der Internetseite soll künftig regelmäßig erweitert werden. "Ich freue mich über den Vorstoß von Philipp Rudi, der zusammen mit unserer Geschäftsführerin Mareike Pilz viel Zeit in die Neugestaltung investiert hat. Das Ergebnis kann sich sehen lassen", äußerte sich der CDU-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Nikolas Löbel lobend

Den Internetauftritt des Kreisverbandes finden Sie nach wie vor unter www.cdumannheim.de



Foto: Philipp Rudi

www.cdumannheim.de.

CDU Feudenheim

Kein zentraler Grünhof auf Spinelli

Die Pläne der Stadtverwaltung, des Eigenbetriebs Stadtraumservice und der grün-rotroten Mehrheit im Gemeinderat, einen zentralen Grünhof für ganz Mannheim auf dem Gelände der ehemaligen Spinelli-Kaserne zu verwirklichen, stößt auf Ablehnung. "Der geplante Standort ist denkbar ungeeignet", so der CDU-Ortsvorsitzende und Stadtrat Alexander Fleck, "die Nachteile dort sind evident. Dass die Befürworter für den geplanten Bau hiervor die Augen verschließen, ist nicht nachvollziehbar."

In direkter Nachbarschaft zu dem Gelände befindet sich bereits Wohnbebauung. Weitere Wohnbebauung ist vorgesehen. Ein zentraler Betriebshof stört ohne Not nicht nur die Attraktivität der Wohngebiete, sondern belastet die Anwohnerinnen und Anwohner zudem mit Lärm, Luftverschmutzung und wird unweigerlich zu einem Verkehrschaos führen. "Wir haben gerade am Aubuckel einen Verkehrsknotenpunkt. Dieser ist jetzt schon überlastet", so Fleck. "Nun sollen zu dem Verkehr, den die neuen Wohngebiete mit geplanten 1800 Wohneinheiten mit sich bringt, auch noch 880 Fahrbewegungen täglich durch den zentralen Grünhof kommen. Das bedeutet ein Verkehrsinfarkt. Hierdurch entstehen Stau, Lärm und Abgase, die nicht gerade für das Wohlempfinden der Bürgerinnen und Bürger zuträglich, sondern gesundheitsgefährdend sind." Ebenso sind Auswirkungen auf das Öko-System des nahegelegen Bürgerparkt und auf den Erholungswert dort klar erkennbar. Zudem stört der Bau die beschlossene Frischluftschneise, die die Mannheimer Innenstadt mit kühlerer Frischluft versorgen soll. Zusätzlich werden durch die künftigen weiten Fahrtwege durch die Stadt Abgase in vermehrtem Ausmaß erzeugt. Aus ökologischer und ökonomischer Sicht ist daher ein zentraler Grünhof für ganz Mannheim abzulehnen.

Deshalb sind 2-3 dezentrale Grünhöfe zu befürworten.

"Es ist auch nicht verständlich, warum die Einwendungen der Bevölkerung und der örtlichen Bezirksbeiräte nicht berücksichtigt werden. Die jetzigen, vermeintlich überarbeiteten Pläne, gehen nicht auf die Bedenken ein. Bürgerbeteiligung, die in Mannheim angeblich großgeschrieben wird, geht anders," bemerkt Fleck. "Dieser Schildbürgerstreich kann nur wie folgt zusammengefasst werden: Grün-rot-rot – das ist Feudenheims Tod".

GRUNDSTÜCK IN KANADA mit direktem Blick auf den Atlantik

- über 22.000 m² und 80 m Atlantikküste
- Hanglage und Südausrichtung
- in der Nähe von Sherbrooke, Nova Scotia
- Sie können direkt bauen, kein Bauzwang
- krisensichere Geldanlage in Kanada
- provisionsfrei, wir vermitteln Sie direkt an den Eigentümer

Die Grundstücke liegen in Port Bickerton, im Nordosten der Provinz Nova Scotia auf dem Festland. Die Lots sind nach Süden ausgerichtet und liegen erhaben über dem Atlantik. Das garantiert Ihnen einen hervorragenden Blick aus Ihrem Haus/von Ihrem Grundstück auf den Atlantik.

Die Grundstücke sind überwiegend bewaldet. Ein Driveway führt entlang der Grundstücke bis zur öffentlichen Straße. Die wunderschöne Küstenlinie besteht größtenteils aus Fels und Kies, stellenweise Sand. Die Grundstücke sind ideal für einen Sommerwohnsitz, Altersruhesitz, Künstlerarbeitsstätte oder als Landinvestment, auch als Firmensitz sind sie interessant aufgrund von Steuervorteilen.

Der Ort Port Bickerton hat etwa 400 Einwohner, Kirche, Gemeindehalle, Feuerwehr, Fischereihafen, Leuchtturm, Postamt und Whitney's Cornerstore. Dieses Geschäft ist sozialer Mittelpunkt und dient als Restaurant und der Versorgung mit Lebensmittel.

Emil-Haag-Straße 27 71263 Weil der Stadt **Fon** 07033 5266-75 info@brigitte-nussbaum.de









CDU Feudenheim

CDU Feudenheim beteiligt sich an Spendenaktion

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge führte zum Gedenken an die Kriegstoten des Ersten Weltkrieges den Volkstrauertag ein. Erstmals wurde er feierlich 1922 im Deutschen Reichstag in Berlin mit einer Gedenkveranstaltung begangen. Er ist heute auch zu einem Tag der Mahnung zu Versöhnung, Verständigung und Frieden geworden.

Im Leben der CDU Feudenheim hat der Volkstrauertag einen festen Platz. Zum einen organisiert der CDU-Vorsitzende Alexander Fleck als Ortsbeauftragter des Volksbundes die Gedenkveranstaltung auf dem Feudenheimer Friedhof. Auch wenn dieses Jahr auf

die öffentliche Veranstaltung mit ca. 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufgrund der Corona-Pandemie verzichtet werden musste, legte Fleck großen Wert auf die Durchführung einer Gedenkveranstaltung unter Beteiligung der Bürgergemeinschaft, der katholischen Kirche und Vertretern der Stadt mit Fahnenabordnungen der Vereine und Kranzniederlegung im kleinen Kreis. "Die Erinnerung wach zu halten 75 Jahre nach Ende des Weltkrieges ist uns auch in Zeiten einer Pandemie wichtig", so Fleck.

Zum anderen unterstützt der CDU-Ortsverband traditionell den Volksbund bei der

Spendenaktion. Mit den Spenden werden 2,7 Millionen deutsche Kriegsgräber weltweit erhalten und gepflegt. Zudem werden die Gelder für die Friedenserziehung der Kinder in verschiedenen Projekten (zuletzt ein Comic-Wettbewerb an Mannheimer Schulen) verwendet. Alexander Fleck, Elisabeth Weiß und Christopher Kern sammelten daher am Volkstrauertag auf dem Feudenheimer Friedhof für den guten Zweck.

"Das Anliegen des Volksbundes hört sich einfach an, ist aber eine schwierige Aufgabe auch heute: Arbeiten für eine Welt in Frieden – Nie wieder Krieg", so Fleck abschließend.



Foto: CDU Feudenheim

CDU Neckarstadt

Neuer Ortsvorsitzender für die CDU Neckarstadt

Die Mitglieder der CDU-Neckarstadt haben Mitte Oktober einen neuen Ortsvorsitzenden gewählt. Caner Yildirim folgt auf Christian Stalf, der aus privaten Gründen von der Neckarstadt in den Stadtteil Neckarau gezogen ist. Aus diesem Grund wurde eine Nachwahl erforderlich. Außerdem wurde Wladimir Gerlein in die vertrauensvolle Aufgabe als Kassenprüfer gewählt, für die ebenfalls eine Nachwahl erforderlich wurde.

Die Mitgliederversammlung fand im Café Eisblick im Eissportzentrum im Herzogenried statt. Der neue Ortsvorsitzende Caner Yildirim ist 42 Jahre alt. Der Familienvater und Bezirksbeirat der Neckarstadt Ost sieht seinen Lebensmittelpunkt in der Neckarstadt und freut sich auf die neuen Aufgaben. "Der

Coronavirus hat uns alle in der Neckarstadt getroffen und sorgt auch für unsere Arbeit in den nächsten Monaten für ein Umdenken", sagte Caner Yildirim. Dies gelte vor allem für die bevorstehende Landtagswahl unter Corona-Bedingungen. "In diesen besonderen Wahlkampf wird sich die CDU Neckarstadt aber mit aller Kraft einbringen", ergänzte er. Die CDU-Neckarstadt dankte Christian Stalf für seine jahrzehntelange engagierte Arbeit. Die Mitglieder bestimmten ihn deshalb zum Ehrenvorsitzenden der CDU Neckarstadt. Damit bleibt er dem Ortsverband trotz des Umzugs weiterhin verbunden. "Ich habe noch nicht vor, in politische Rente zu gehen", meinte er. Stalf war von 2006 bis 2020 Ortsvorsitzender und arbeitete von 2004 bis 2019 als Bezirksbeirat in der Neckarstadt-West, die letzten fünf Jahre als Sprecher.

Auf der Mitgliederversammlung wurden der Bundestagsabgeordnete und CDU-Kreisvorsitzende Nikolas Löbel, der Landtagskandidat Lennart Christ und die Ortsvorsitzende der CDU Seckenheim-Friedrichsfeld, Sabine Brenner, als Gäste begrüßt. Die Leitung der Mitgliederversammlung übernahm bereitwillig Nikolas Löbel. Er berichtete auch über aktuelle Themen aus der Bundespolitik, insbesondere die Corona-Hilfen der Regierung für die Wirtschaft.

Die Anwesenden diskutierten über die Neckarstadt hinaus aktuelle politische Themen und den bevorstehenden Landtagswahlkampf.



Der CDU-Wimpel symbolisiert die Übergabe im Ortsverband: Landtagskandidat Lennart Christ, der neue Ehrenvorsitzende Christian Stalf, der neu gewählte Ortsvorsitzende Caner Yildirim und Nikolas Löbel MdB übergaben ihn (v.l.n.r.).

CDU Mannheim Nord-Ost

Ein weiterer Schritt Richtung Kombibad Carl-Benz-Bad



Mit der Vorlage der Machbarkeitsstudie ist ein weiterer Schritt zur Realisierung eines Kombibades Carl-Benz-Bad gemacht. "Aus Sicht der CDU bestätigt die Studie die Umsetzbarkeit des Kombibad-Gedankens sehr deutlich." erläutern die beiden Waldhöfer CDU-Bezirksbeiräte Helga Schlichter und Christian Sevilla Valls.

Die in der Studie zutreffend getroffenen Aussagen zum Lärmschutz müssen rechtssicher zum Schutz der Anwohner aber auch zum Schutz des Badbetriebes geklärt werden. "Hier möchten wir als Bezirksbeiräte auf dem Laufenden gehalten werden." stellt Helga Schlichter fest. Das Informationsbedürfnis erstreckt sich aber nicht nur auf die Fragen des Lärmschutzes. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung wurden zahlreiche Anregungen gegeben. U.a. zur Erreichbarkeit, zu den Parkpaletten, usw. Diese sind – soweit aus der Studie

erkennbar – zu großen Teilen umgesetzt.

Christian Sevilla Valls: "Nun kommt es darauf an, dass auch in den folgenden Planungen Ausschüsse und Bezirksbeiräte eingebunden werden, damit man nachvollziehen kann, welche Bürgeranregungen aufgegriffen wurden." Insgesamt betrachtet eine gute Projektbasis, die auf eine baldige Herstellung dieser städtischen Infrastruktur Carl-Benz-Kombibad hoffen lässt

Für den *CDU*-Ortsverbandsvorsitzenden Christian Hötting ist die Umsetzung des Umbaus des Carl-Benz-Bades ein wichtiger Baustein in der Entwicklung des Stadtteils Gartenstadt aber auch insgesamt für die angrenzenden Stadtteile. Insbesondere mit Blick auf die Bebauung der Konversionsfläche Franklin mit seinen künftigen 9.000 Bewohnern "ist es für uns wichtig, dass hier ein zentrales und modernes Badeangebot für die

Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt bzw. neu geschaffen wird".

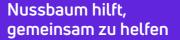
Offen ist für die CDU-Vertreter vor Ort noch die Sicherstellung der Finanzierung des mit 55,6 Mio. € teuren Projektes. Hierzu bietet sich eine Finanzierungslösung analog dem heutigen Waldhof-Ost-Bad über die GBG an. Aber auch in den kommenden Haushalten der Stadt muss sich der notwendige Finanzbedarf/ ggfs. Komplementärmittelbedarf wiederspiegeln. Es darf beim Carl-Benz-Kombibad nicht derselbe Fehler gemacht werden wie bei der Waldschule. Dort wurden die nötigen Planungsmittel für die Sanierung und Erweiterung durch Beschluss der Rot-Rot-Grünen Ratsmehrheit viel zu spät, entgegen den jahrelangen Intentionen der CDU, in zu geringer Höhe eingestellt.

Suche altes Haus

zum Kauf.

Brigitte Nussbaum Emil-Haag-Str. 27 • 71263 Weil der Stadt **Fon** 07033 52 66-71





Helfen Sie mit, unsere Heimat zu stärken. Kostenlos und effektiv.



gemeinsam helfen.de



CDU Mannheim Nord-Ost

Die Menschen im Mannheimer Norden dürfen nicht zum Verlierer werden

Die Deutsche Bahn hat erwartungsgemäß den Streckenverlauf der Neubaustrecke zwischen Frankfurt und Mannheim am 13.11.2020 vorgestellt. Viel Konkretes zu dem für die Stadt Mannheim entscheidenden Teilstück von der Blumenau bis zum Bahnhof Mannheim-Waldhof gibt es nicht, außer der Erkenntnis, dass diese Streckenführung als ebenerdige Verknüpfungsstrecke für die heute bestehenden Trassen (östtliche Riedbahntrasse, westliche Riedbahntrasse und Main-Neckar-Bahntrasse) und die künftige Neubautrasse mit ihrem Verkehrslenkungspotential, also ohne Tunnellösung, auf Mannheimer Gemarkung umgesetzt werden soll.

"Für die Menschen auf der Blumenau, der Schönau, dem Waldhof, der Gartenstadt, dem Luzenberg und Käfertal bedeutet dieser Planungs-sachverhalt auf Mannheimer Gemarkung eine Zumutung ohnegleichen für die dort wohnende Bürgerschaft", erklären die beiden Waldhöfer CDU-Bezirksbeiräte Helga Schlichter und Christian Sevilla Valls unisono. An dieser bestehenden, ebenerdigen Gleisverknüpfungsstrecke mitten durch den Stadtteil Waldhof wird auch ein möglicher Güterver-

kehrstunnelzumRangierbahnhofnichtsändern. Zusätzliche Lärmbelästigungen stehen ganz klar im Raum, da der Bahnhof Mannheim-Waldhof zukünftig mehr noch als bisher als Knotenpunkt für zahlenmäßig mehr Hochgeschwindigkeitszüge (IC, ICE, *TGV*), die Regionalzüge, den neuen, künftigen S-Bahn-Betrieb und die deutlich ansteigenden Güterverkehrszüge herhalten muss.

"Die weiteren Planungen für den Kernraum Mannheim mit seinen vielfältigen, sehr differenzierten schienengebundenen Bedarfen (Binnenhafenanlagen, Hauptbahnhof und Rangierbahnhof) sind jetzt aus Sicht des CDU-Ortsverbandes umgehend in Angriff zu nehmen. Dabei ist es unerlässlich, dass sich die Stadt Mannheim im Verbund mit der Region Rhein-Neckar, gemeinsam mit den Landes- und Bundespolitikern aus Mannheim, zügig auf eine klare Trassenführungsstrategie innerhalb Mannheims verständigt, die auch eine klima- und lärmeffiziente Lösung für den Mannheimer Norden aufzeigt", fordert der Ortsverbandsvorsitzende Christian Hötting. Hier ist es unerlässlich mit einer starken Mannheimer Stimme zu sprechen.

Für den CDU-Altstadtrat Konrad Schlichter, welcher bis zum heutigen Tag sehr intensiv in den gesamten Code 24 - Planungsprozess einge-bunden ist, ist eines klar: "Mit der DB-Planung bis zum Bahnhof Waldhof, d.h. mit der Trassenaufspaltung auf der Gemarkung Mannheim in drei Teilabschnitte, ist eine einheitliche menschen- und umweltgerechte Code 24-Planung auf der Stadtgemarkung insgesamt kaum mehr erreichbar, die auch den Schutzbedarfen der Bürgerschaft im Mannheimer Norden gerecht wird. Deshalb ist es dringend notwendig, dass sich unsere Stadtspitze gemeinsam mit den Führungsgremien der Metropolregion Rhein-Neckar nun aktiv in den weiteren Planungsprozess einbringt (z.B. durch einen konstruktiven Planungsbeirat wie in Offenburg) bzw. die wohl vorliegende Machbarkeitsstudie für eine Tunnellösung zum Rangierbahnhof mit Leben erfüllt." Es ist eine Erfahrungswirklichkeit: Planungsprozesse dieser Dimension haben einen sehr langen Vorlauf - meistens über 15 Jahre bis zum Baubeginn. Aber auch hier gilt der Satz: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

CDU Wallstadt-Vogelstang

Nachruf auf Sofie Stupp - eine meinungsstarke Frau

Der CDU-Ortsverband Wallstadt-Vogelstang trauert um sein langjähriges Mitglied Sofie Stupp. Am 30. April 1928 wurde sie als Kind einer Malerfamilie geboren. Mit ihr verlieren wir ein langjähriges, leidenschaftlich engagiertes Mitglied. Als gebürtige Wallstädterin war es für sie selbstverständlich, sich für ihren Stadtteil auch politisch einzusetzen. Bis zu ihrem letzten Atemzug blieb sie Wallstadt und der CDU treu. Durch ihre kommunikative Art war Sofie Stupps Ohr stets an den Bürgern und Bürgerinnen ihres Geburtsortes. Sie verstand es, die Anliegen aufzugreifen und in ihrer langjährigen Bezirksbeiratstätigkeit standhaft einzubringen. Eines ihrer Schwerpunktthemen war der Mittelstand und die damit verbundenen Geschäfte vor Ort. Aber auch die Aufrechterhaltung der örtlichen Gemeinschaft und Zusammenarbeit lag ihr am Herzen. Und so engagierte sich Sofie Stupp nicht nur innerparteilich, sondern auch bei den Landfrauen und brachte sich in das Seniorenwerk der Christ-König-Gemeinde mit

ein. Dadurch wurde sie als eine bürgernahe Frau erlebt, die in einer Zeit, in der es noch nicht selbstverständlich war, dass Frauen sich politisch engagieren, sich für gesellschaftliche Themen ihres Heimatortes einsetzte. Wir durften Sofie Stupp als eine gradlinige, ihren Zielen verpflichtete Frau erleben, die sich nicht scheute, auch unbequeme Sachverhalte innerparteilich und in ihrem Wirken nach außen sowie in Bürgergesprächen mit einzubringen und sich diesen anzunehmen. Für sie war es ein Bedürfnis, sich bei Wahlkampfständen zu engagieren und sich den Fragen und Anliegen der Bürger und Bürgerinnen zu stellen, sowie den jeweiligen Kandidaten durch ihre Unterstützung den Rücken zu stärken. Politische Diskussionen über den Werdegang Wallstadts führte sie öffentlich, nahm ganz bewusst unterschiedliche Ansichten in Kauf, zeigte sich klar als Gesicht der CDU. Ordnungspolitik war eines ihrer Schwerpunktthemen. Dabei waren ihr Sicherheit, die Verkehrssituation, Sauberkeit

und Regelbewusstsein sehr wichtig. Für ein liebens- und lebenswertes Ortsbild trat sie leidenschaftlich ein. Sofie Stupp stand für die konservativen Werte der CDU ein. Ämter wie Kassenprüferin sowie Beisitzerin im Ortsverband übernahm sie über Jahre. All ihr Wirken wurde von ihrem ausgeprägten Gerechtigkeitssinn begleitet. Bis zuletzt war sie auch Mitglied der Seniorenunion und ermöglichte hier Mitgliedern ihre Teilnahme durch Fahrgemeinschaften. Durch ihren Tod am 9. November verliert der Ortsverband eine meinungsstarke Frau mit einem unersetzlichen großen Wissensschatz rund um Wallstadt. "Wir werden sie mit ihrer Standhaftigkeit und dem damit verbundenen Vorbild für politisch aktive Frauen, ihrem unermüdlichen Interesse am Fortgang der Partei sowie des Stadtteils und ihrer kommunikativen Art vermissen. Unsere Gedanken sind bei ihren Angehörigen", sagt die Ortsvorsitzende Heidrun Back.

CDA Mannheim

Nachruf auf Manfred Flader

Nachruf

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft und der CDU-Ortsverband Mannheim Nord-Ost trauern um ihr Mitglied

Manfred Flader

welcher am 31.12.2020 im 76. Lebensjahr verstorben ist.

Manfred Flader war über viele Jahre sehr aktiv in der CDA und in der CDU. Er war ab dem Jahr 1989 bis 2005 in unterschiedlichen Funktionen in der CDA Nordbaden aktiv und gehörte von 1989 bis 2005 dem CDA-Landesvorstand Baden-Württemberg an und vertrat die CDA auch viele Jahre auf Bundestagungen. Schließlich war er über 20 Jahre Mitglied des Kreisvorstandes der CDA Mannheim. Beruflich war Manfred Flader über viele Jahre Leiter der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung Johann-Peter-Hebel-Heim. Immer wieder brachte er seine fachliche Expertise in politische Diskussionen ein und war Mitbegründer der Anlaufstelle für Straßenkinder "Freezone" in Mannheim. Sein jahrzehntelanges, gesellschaftliche Engagement für die Evangelische Kirche, aber auch für die CDU in der Gartenstadt und auf dem Waldhof als Bezirksbeirat und zuletzt als Ehrenvorsitzender lassen uns gerne an die vielen Begegnungen mit ihm zurückdenken. Es war gut, dass er in der CDA und CDU aktiv war - er war ein bereichernder Kollege und Mensch. Gemäß den Verheißungen des christlichen Glaubens dürfen wir darauf vertrauen, dass er in die Herrlichkeit des Schöpfers allen Seins aufgenommen wurde. Diese Zuversicht möge uns und seine Familie trösten und Kraft schenken.

Christian Bäumler
Landesvorsitzender der CDA Baden-Württemberg

Karin Möhle Bezirksvorsitzende der CDA Nordbaden

Christian Hötting Kreisvorsitzender der CDA Mannheim Vorsitzender der CDU Mannheim Nord-Ost

CDA

Klärende Fragen zur Tarifbindung

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) begrüßt die Anfrage der CDU-Gemeinderatsfraktion zur Sitzung des Hauptausschusses am 26.01.2021, in welcher Fragen zur Tarifbindung der Tochtergesellschaften der Stadt gestellt werden. Ferner wird angefragt, ob bei der öffentlichen Auftragsvergabe Tarifbindung eingefordert wird. "Für uns als CDA ist Tarifbindung u.a. ein wesentlicher Beitrag um Altersarmut zu verhindern und dem Fachkräftemangel zu begegnen. Wir beobachten mit Sorge, dass die Tarifbindung in Deutschland insgesamt seit Jahren sinkt." stellt die stellvertretende CDA-Kreisvorsitzende Heidrun Back fest.

Bereits vor der Corona-Pandemie hat sich die

CDA Mannheim im Februar 2020 mit Vertretern der Gewerkschaften zu einem "Tariffrühstück" getroffen, um sich über die Problematik Tarifbindung auszutauschen. So arbeiten am Mannheimer Uniklinikum sowohl Tarifbeschäftigte des Klinikums, als auch Beschäftigte der klinikeigenen Servicege-sellschaft, die allerdings keinem Tarifvertrag unterliegen, sondern lediglich in Anlehnung an den Tarifvertrag des Gebäudereinigerhandwerks entlohnt werden. Vor allem deshalb und aufgrund insgesamt schwieriger Arbeitsbedingungen gibt es bei der Klinik Management Dienstleistung GmbH (KMD) eine hohe Fluktuation bei den Mitarbeitern/innen. Dies führe zu einem erhöhten Anlernbedarf neuer

Kräfte und zu einem Qualitätsverlust, wie der KMD-Betriebsratsvorsitzende Christof Kramer im Februar 2020 zu berichten wusste. "Die im Raum stehende Fusion der beiden Universitätskliniken Mannheim und Heidelberg birgt daher die Chance, dass die Tochtergesellschaften wieder in die jeweilige Uniklinik eingegliedert werden und einen Arbeitsvertrag erhalten, welcher eine Entlohnung nach Tarif garantiert." unterstreicht der CDA-Kreisvorsitzende Christian Hötting eine Forderung, welche auch von den jeweiligen Betriebsräten erhoben wird, "Wir sind nun gespannt auf die Antworten der Stadt Mannheim auf die Fragen der CDU-Gemeinderatsfraktion." so Hötting und Back.

Aus den Vereinigungen

CDA

Suchtberatung nachhaltig sichern

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) begrüßt den Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion für ein Soforthilfeprogramm zur Sicherung der Suchtberatung in Mannheim, welcher nach der Beratung im Ausschuss für Bildung und Gesundheit im Dezember nun auch im Hauptausschusses am 26.01.2021 beraten wird.

"Suchtberatung und Suchtprävention sind zwei wesentliche Pfeiler um Betroffenen zu helfen. Hier engagieren sich Stadt und freie Träger. Allerdings wurden bei der Festlegung der Zuschüsse zur Suchtberatung keine Dynamisierung der Kosten eingeplant. Seitdem haben sich viele Dinge im Laufe der vergangenen Jahre verteuert und auch die Corona-Pandemie stellt Beratungsangebote vor große Herausforderungen." stellt die stellvertretende CDA-Kreisvorsitzende Helga Schlichter fest. Aus diesem Grunde hält es die CDA Mannheim für eine gute Anregung von Seiten der CDU, dass die Stadt gemeinsam mit den freien Trägern zur Sicherung der Suchtberatung ein Soforthilfeprogramm auflegt und dafür bis



"Wir begrüßen es daher, dass sich die Verwaltung in ihrer Stellungnahme in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Gesundheit im Dezember 2020 diesem Anliegen der CDU angeschlossen und angekündigt hat, ein Sofortprogramm aufzulegen und für die kommenden Jahre ein Konzept zur dynamisierten Finanzierung der Suchtberatung zu erstellen." so CDA-Kreisvorsitzender Christian Hötting.

Dies gibt den Trägern eine größere Planungssicherheit.

"Die CDU sieht seit ihrer Gründung die Subsidiarität als wichtiges Ziel. Wir sind der Überzeugung, dass freie Träger die Aufgaben hervorragend im Sinnen des Grundsatzes der der CDA "der Mensch steht im Mittelpunkt" erfüllen", erklärt Hötting abschließend.

Frauen Union

schnell.

Internationaler Tag gegen

zu 300.000,- € bereit stellt. Damit helfe man

einigen Trägern bei ihrer wichtigen Aufgabe

Gewalt an Frauen

Jedes Jahr organisieren Menschenrechtsorganisationen seit 1981 am 25. November Veranstaltungen, bei denen die Forderung nach Schutz der Menschenrechte von Mädchen und Frauen im Zentrum stehen. Themen wie z.B. Vergewaltigung, Zwangsprostitution, Zwangsheirat und häusliche Gewalt stehen hierbei im Vordergrund. Viele Gebäude werden orange illuminiert, der offiziellen Farbe der Zukunft ohne Gewalt gegen Frauen.

Die Vereinten Nationen verabschiedeten am 17.12.1999 eine Resolution (Resolution 54/134) mit der sie den 25. November nun offiziell zum "Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen" oder auch "Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen" erklärten. Anstoß für die Resolution war die Entführung, Vergewaltigung, Folterung und Ermordung dreier Schwestern im Jahre 1960 in der Dominikanischen Republik.

Auch in Deutschland ist Gewalt gegen Frauen immer noch an der Tagesordnung. Gabri-



Gabriele Fleck, Kreisvorsitzende der Frauen Union Mannheim

Foto: FU Mannheim

ele Fleck, Kreisvorsitzende der Frauen Union Mannheim, fordert deshalb eine bessere Infrastruktur der Hilfe für gewaltbetroffene Frauen, so z. B. den Ausbau der Angebote von Frauenhäusern, und die Schärfung des Problembewusstseins. "Wir dürfen nicht wegsehen, wenn es um Gewalt gegen Frauen geht", so Fleck, "wir müssen den Frauen solidarisch zur Seite stehen und ihnen jedmögliche Hilfe gewähren."

Aus den Vereinigungen

MIT Mannheim

E-Mobilität als Chance für den Mittelstand



Alexander Fleck setzt auf Strom

Foto: CDU Feudenheim

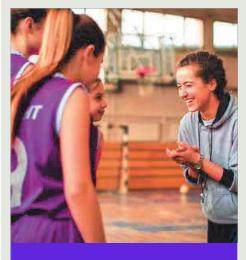
Sie sind aus dem Stadtbild vieler Großstädte und Gemeinden nicht mehr wegzudenken und drängen nach und nach in das Bewusstsein der Bevölkerung: Die Elektroladestationen. Diese deuten auf den längst begonnenen Prozess hin, der von vielen als Verkehrswende bezeichnet wird, und deren Ziel eine klimaneutrale Mobilität ist. In erster Linie wird hierbei wie selbstverständlich auf die Reduktion von Abgasen und Lärm abgestellt, die zum einen dem Klimawandel trotzen sowie die Umwelt schonen und zum anderen auch die Belastungen für den Menschen und seine Gesundheit minimieren.

In zweiter Linie kann die Elektromobilität auch als Chance für den Mittelstand gewertet werden, die es zu ergreifen gilt und zwar in mehrerlei Hinsicht. Der wirtschaftliche Vorteil liegt auf der Hand, denn mit Strom fahren ist günstiger, als mit Benzin. Ein mit einem Elektroauto vergleichbares Fahrzeug verbraucht auf 100 km gut 5,5 Liter. Bei einem Benzinpreis von 1,20 €/Liter (2. Weihnachtsfeiertag 2020) ergeben dies Kosten von 6,60 €. Das Elektroauto verbraucht auf gleicher Strecke 15 kWh. Bei einem Preis von € 0,30/kWh ergibt dies 4,50 €. Aber auch bei der Anschaffung kann von der Förderung profitiert werden. Bis zu 6.000 € Innovationsprämie ist dem

Gesetzgeber der Umstieg auf die E-Mobilität wert. Gepaart mit einer reduzierten Dienstwagensteuer durchaus auch Kaufanreiz und steigert mitunter die Attraktivität des Unternehmens für Mitarbeiter.

Der Umstieg auf E-Autos kann auch die Aufmerksamkeit des Kundenkreises erwecken und diesen erweitern. In Tagen, in denen Schlagworte wie Nachhaltigkeit immer mehr an Bedeutung gewinnen, kann der Hinweis auf schonenden Umgang mit fossilen Brennstoffen durch Elektroautos ein Markenzeichen und zugleich kostengünstige Werbung sein

Allerdings stehen wir erst am Anfang der E-Mobilität. Oftmals bestehen noch Bedenken gegen die neue Technik. Nicht zuletzt auch, da das Netz der Ladestationen noch sehr lückenhaft ist. Unlängst hatte die CDU-Gemeinderatsfraktion auf Initiative des MIT Kreisvorsitzenden Alexander Fleck im Gemeinderat kostenloses Parken für E-Fahrzeuge in Mannheim gefordert. Dieser Antrag wurde von der Fachverwaltung nicht befürwortet, sondern nach Vortrag als erledigt erachtet. "An der Behandlung des Antrages konnte man sehen", so Fleck "wer Mobilitätswende fördern will und wer aus politischem Kalkül nur darüber redet."



Nutzen Sie dieses kostenlose und unverbindliche Angebot für Ihren Verein!

Jetzt Projekt einstellen

Nussbaum hilft, gemeinsam zu helfen. Tu Gutes – wir sprechen darüber

gemeinsamhelfen.de

ist die neue Spendenplattform für weite Teile Baden-Württembergs.

Auf gemeinsamhelfen.de können als gemeinnützig anerkannte Organisationen (z. B. eingetragene Vereine, gGmbHs, Bürgerstiftungen und Stiftungen) aus dem Verbreitungsgebiet der Nussbaum Medien ihr Profil und ihren Bedarf für ein oder mehrere Projekte vorstellen. Dieser Service ist für alle Nutzer kostenlos.

100 % der Spenden kommen an

Alle Spenden, die über gemeinsamhelfen de getätigt werden, gehen an die Träger der sozialen Projekte. Ohne Abzug. Damit das geht, übernimmt Nussbaum Medien die Kosten für den laufenden Betrieb der Spendenplattform.



www.nussbaum-medien.

»Als inhabergeführtes Familienunternehmen gehören soziales Engagement, regionale Verbundenheit und nachhaltiges Handeln zu der Philosophie von Nussbaum Medien. Und das seit 1959.«



Aus dem Bundestag

10 Millionen Euro Bundeszuschuss für mehr Sicherheit im Radverkehr in Mannheim

Mannheimer Bundestagsabgeordneter Nikolas Löbel holt Bundesförderung für mehr Sicherheit im Radverkehr

"Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat auf meine Initiative hin eine Sonderförderung für den Radverkehr in Mannheim beschlossen: 10 Millionen Euro gibt der Bund für modellhafte Maßnahmen für mehr Sicherheit im Radverkehr", informiert der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Nikolas Löbel (CDU). Die Mittel stehen in den Haushaltsjahren 2021 bis 2023 zur Verfügung und ergeben mit einem 30-prozentigen Eigenanteil der Stadt Mannheim ein Investitionsvolumen von mehr als 14 Millionen Euro. "Unter die Förderung fallen insbesondere der Umbau oder Neubau von Kreuzungsbereichen unter dem Aspekt der Sicherheit für Radfahrende, die Entflechtung von Verkehrsarten und die Ertüchtigung bestehender Radwege unter Sicherheitsaspekten. Auch Möglichkeiten der Digitalisierung für mehr Sicherheit im Radverkehr können gefördert werden", so Löbel. "Ich habe die Sonderförderung angestoßen, weil viele Menschen die mangelnde Sicherheit als Grund dafür angeben, nicht häufiger auf das Fahrrad umzusteigen. Das muss besser werden in Mannheim und dafür habe ich unserer Stadt das Geld im Bundeshaushalt gesichert", sagt der Bundestagsabgeordnete und Mannheimer Stadtrat.

Nikolas Löbel erklärt zum Hintergrund der Bundesförderung: "Vor allem große Kreuzungen mit mehreren Verkehrsträgern wie Autos, Straßenbahnen, Busse und Radfahrern werden in unserer Stadt als unübersichtlich und gefährlich empfunden. Als Großstadt mit den typischen verkehrlichen Herausforderungen, als kompakte Metropole, in der die Wegeverbindungen häufig kurz und immer flach sind, sowie als Kommune, die mit erheblichem Einsatz eigener Mittel zur Förderung des Radverkehrs die Defizite vergangener Jahrzehnte schnell und zielgerichtet aufholt, eignet sich Mannheim ganz hervorragend zur prototypischen Erprobung neuer Kreuzungsdesigns. Als Kommune ist Mannheim mit dem Ausbau und der Sanierung des bestehenden Radwegenetzes trotz deutlich aufgestockter Mittel bis zum Anschlag ausgelastet. Hohe Investitionen in die Sicherheit, wie sie für den Umbau ganzer Kreuzungen oder den Bau von geschützten Radfahrstreifen nötig sind, übersteigen die Möglichkeiten der Stadt. Mit Hilfe der Bundesmittel können nun in den kommenden Jahren sicherheitsrelevante Maßnahmen umgesetzt werden, die bisher nicht auf der Agenda zur Förderung des Radverkehrs in Mannheim stehen."

"Ich freue mich, dass es uns mit einem schlüssigen Konzept gelungen ist, die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages erstens von der Sinnhaftigkeit einer Sonderförderung für mehr Sicherheit im Radverkehr und zweitens davon zu überzeugen, dass Mannheim die richtige Stadt für den modellhaften Umbau von Kreuzungsbereichen ist", so Nikolas Löbel abschließend.

Hintergrund:

Noch immer sind Kreuzungen die neuralgischen Punkte und ist die sichere und für den Fluss sowohl des Motorisierten Individualverkehrs als auch des Radverkehrs optimale Gestaltung von Kreuzungsbereichen nur sehr unzureichend erforscht geschweige denn umgesetzt. Lösungen für den Radverkehr werden in der Regel auf die bestehenden Autoverkehrsinfrastrukturen aufgesetzt. Ein umfassender Umbau von Kreuzungsbereichen oder Straßen für ein ganz neues Sicherheitsniveau sind selten bzw. orientieren sich nicht an den erfolgreichen Maßnahmen im benachbarten Ausland.

So schreibt das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur geförderte Fahrradportal: "Das optimal und universell anwendbare Kreuzungsdesign zur Vorbeugung von Konflikten und Unfällen mit Radfahrenden gibt es (derzeit) nicht - auch weil für vergleichsweise neue Infrastrukturelemente, wie "geschützte" bzw. baulich separierte Kreuzungen [.] bisher keine ausreichende Daten- als auch Rechtslage zu einer validen Bewertung der objektiven Sicherheit vorliegen. Im Wesentlichen sollte das Kreuzungsdesign für alle Verkehrsteilnehmenden immer leicht erkennund begreifbar sein. Teilweise führen bereits einfache, pragmatische Lösungen [.] zu einem fühlbaren Sicherheitsgewinn." Weiter heißt es: "Aus den niederländischen und dänischen Erfahrungen mit der Realisierung von Kreuzungen lassen sich hilfreiche Elemente und zentrale Qualitätskriterien ableiten."

Die höhere Schutzfunktion von geschützten Kreuzungen sei nicht ausreichend belegt – "künftig sind dringend Vergleichsstudien nötig". Hier könnte eine modellhafte Bundesförderung in Mannheim ansetzen.

Mannheim investiert seit über zehn Jahren massiv in die Förderung des Radverkehrs. Grundlage ist das 2009 verabschiedete 21-Punkte-Handlungsprogramm, dessen Zwischenziel von 23 Prozent Radverkehrsanteil in 2020 knapp erreicht wird (23 Prozent Anteil am Modal Split in der Innenstadt und 19 Prozent in den außerhalb gelegenen Stadtteilen gegenüber 13 Prozent gesamt im Jahr 2009). Eine weitere deutliche Steigerung soll mit der Einrichtung neuer Fahrradstraßen und dem kontinuierlichen Ausbau des Radwegenetzes - darunter der Bau zweier Radschnellwege, die aus dem baden-württembergischen, hessischen und pfälzischen Umland in die Innenstadt führen - erreicht werden.

Dafür wird so viel Geld in die Hand genommen wie noch nie: In den Jahren 2020 bis 2023 sind auf dem Gebiet der Stadt Mannheim Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur in Höhe von mindestens 22,92 Millionen Euro vorgesehen. Zugleich wird, einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss folgend, in Stadtverwaltung und städtischen Eigenbetrieben das Personal für Planung und Bau von Radwegen aufgestockt, so dass die ehrgeizigen Vorhaben auch verwirklicht werden können.

Mit dem Ausbau des Radwegenetzes und der zugehörigen Infrastruktur wie Fahrradparkhäuser und Abstellbügel wird eine Steigerung des Radverkehrsanteils erzielt. Ziel muss aber auch sein, einen Anstieg der Unfallzahlen im Radverkehr zu verhindern und die zuletzt bundesweit ebenso wie in Mannheim stark gestiegenen Zahlen von Toten und Verletzten im Radverkehr wieder zu verringern. Deshalb muss dem Aspekt der Sicherheit im Radverkehr mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Eine Kommune, die viel eigenes Geld und Ressourcen in den Ausbau von Radverbindungen steckt, wird mit zusätzlichen Maßnahmen, die vor allem der Sicherheit dienen, jedoch regelmäßig an ihre finanziellen Grenzen stoßen. Bundesmittel für den Umbau von Kreuzungen und das Trennen von Verkehrsarten unter dem Aspekt der Sicherheit sind deshalb notwendig und sinnvoll.

Bundestagsabgeordneter Löbel begrüßt Aufnahme von Kinderrechten

im Grundgesetz

"Rechtsposition der Eltern darf sich nicht verschlechtern"

"Die Forderung nach Kindergrundrechten im Grundgesetz war Bestandteil des gemeinsamen Wahlprogramms von CDU und CSU. Im

Koalitionsvertrag 2018 hatten CDU, CSU und SPD dann folgendes Ziel festgehalten: "Wir werden Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich verankern. Kinder sind Grundrechtsträger, ihre Rechte haben für uns Verfassungsrang. Wir werden ein Kindergrundrecht schaffen. Über die genaue Ausgestaltung sollen Bund und Länder in einer neuen gemeinsamen Arbeitsgruppe beraten und bis spätestens Ende 2019 einen Vorschlag vorlegen." Der Koalitionsausschuss vom 25. August 2020 hatte diese Maßgabe wie folgt präzisiert: "Die Koalition bildet eine Arbeitsgruppe zwischen Koalitionsparteien, -fraktionen und Regierungsvertretern zur Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziels, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern."

setzen die Vorgaben aus dem Koalitions-

vertrag um, ohne dass die in Teilen der SPD

verfolgten Pläne einer stärkeren Stellung

des Staates gegenüber den Eltern dabei Auf-

nahme gefunden hätten", so der Mannhei-

mer Bundestagsabgeordnete Nikolas Löbel. "Ganz klar muss allerdings auch gesagt werden: Kinder sind zum einen schon nach geltendem Recht Grundrechtsträger. Sie sind über

Artikel 1 des Grundgesetzes, die Menschenwürde, schon jetzt geschützt und haben an allen Grundrechten schon jetzt Anteil, auch wenn sie je nach Alter noch nicht alle selbständig ausüben können. Sie haben zum anderen

ebenfalls schon jetzt über Artikel 103 Absatz 1 Grundgesetz Anspruch auf rechtliches Gehör. Insofern hätten wir aus Rechtsgründen für keine dieser beiden Komponenten eine Regelung benötigt", so Löbel. "Für uns als Union stand im Zentrum aller Überlegungen, dass sich die Rechtsposition der Eltern durch jegliche Änderungen des Grundgesetzes keinesfalls verschlechtern darf. Das sorgsam austarierte Dreiecksverhältnis von Eltern, Staat und Kind, in dem eine Primärverantwortung der Eltern für die Pflege und Erziehung der Kinder vorgesehen ist - wobei dem Staat eine Wächterfunktion hierüber zukommt -, durfte und darf nicht und dabei insbesondere auch nicht zu Lasten der Eltern verschoben werden. Gleichzeitig sollten nach den Vorgaben des Koalitionsvertrags Kinder als

Grundrechtssubjekte sichtbar gemacht werden. Beide Ziele werden in dem nun gefundenen Kompromiss verwirklicht", so der CDU-Politiker Nikolas Löbel abschließen

CDU verhindert staatliche Vormachtstellung gegenüber Eltern

Wir haben nun einen guten Kompromiss im Sinne von Kindern und Eltern gefunden. Wir





Aus der Fraktion

Ja zum Ausbau erneuerbarer Energie in Mannheim – Agrarphotovoltaik statt

ökologisch und ökonomisch fragwürdiger Windkraftanlagen im Mannheimer Norden

Die Mannheimer CDU begrüßt die Initiative der MVV Energie AG zur Produktion erneuerbarer Energien. "Windkraft ist aus unserer Sicht jedoch wegen der hohen Eingriffe in die ohnehin schon stark vom Klimawandel betroffenen Ökosysteme der falsche Weg", hält Stadtrat Thomas Hornung die aktuellen Pläne für wenig sinnvoll. "Der Bevölkerung im Mannheimer Norden sollen schon wieder übermäßige Lasten aufgebürdet werden. Riesige Windräder im größten zusammenhängenden Landschaftsschutzgebiet und wichtigstem Kälteentstehungsgebiet der Stadt mit großer Artenvielfalt würde auch den Erholungsraum für die Menschen einschränken. Es würde die Akzeptanz von nachhaltigen Energieprojekten mindern", ergänzt CDU-Bezirksbeirat Wilken Mampel.

"Durch Agrarphotovoltaik könnte man landwirtschaftlich genutzte Flächen in ganz Mannheim auf Stelzen überbauen. Energiegewinnung und ertragreiche landwirtschaftliche Nutzung ist dabei gleichzeitig möglich. Es gibt weitere Vorteile die für die Agrophotovoltaik sprechen. Zum einem werden die Stützen nur ins Erdreich gebohrt und nicht

betoniert. Auch kann man zwischen den einzelnen Stützen einen ca. 1,5m breiten Blühstreifen ansäen. Dieser würde sowohl die Biodiversität stärken als auch Nützlingen einen Lebensraum bieten", erklärt Landwirt Wilken Mampel weiter.

"Die hohen Investitionen in Windkraft erscheinen uns in diesem windschwachen Gebiet unwirtschaftlich und lediglich politisch getrieben. Mit den hierfür geplanten Investitionen ließen sich wirtschaftlich und ökologisch nachhaltiger Agrarphotovoltaikanlagen errichten. Gemeinsam mit den Fraunhofer Institut kann die MVV Energie AG diese innovative Energiequelle in Mannheim etablieren. Bei der BUGA 2023 steht das Thema Nachhaltigkeit im Vordergrund. Auf dem Gelände der BUGA könnte Agrarphotovoltaik als Teil der Energiewende gezeigt werden und das Mannheimer Projekt kann Strahlkraft gewinnen. Deshalb werden wir im Gemeinderat einen entsprechenden Antrag einbringen", berichtet der CDU-Fraktionsvorsitzende Claudius

"Agrarphotovoltaik wäre ein geeignetes Mittel, um auf ohnehin schon genutzten Flächen

ökologisch Energie zu erzeugen. Die Landesregierung und insbesondere Landwirtschaftsminister Peter Hauck (CDU) macht beim Thema Agrarphotovoltaik Tempo. Da es bisher erst wenige Agrarphotovoltaik-Anlagen in Baden-Württemberg gibt, könnte ein Mannheimer Projekt auf unterschiedlichsten Böden hier neue Maßstäbe setzen. Die Erträge auf den mit Solarmodulen überdachten ersten Flächen im Landkreis Sigmaringen sind, etwa bei Weizen und Sellerie, höher ausgefallen als bei unbedachten Referenzflächen", unterstützt auch der CDU-Landtagskandidat Lennart Christ die Forderung der CDU-Gemeinderatsfraktion nach einer Prüfung des Projekts durch die Stadt und MVV-Energie AG mit Unterstützung der Landesregierung und des Fraunhofer Instituts.

Die Reform des erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG), die 2021 in Kraft tritt, sieht zudem eine Fördermöglichkeit vor, da bei den so genannten "Innovationsausschreibungen" ein Segment von 50 Megawatt unter anderem für Agrophotovoltaik reserviert wird", so der CDU-Bundestagsabgeordnete und Stadtrat Nikolas Löbel abschließend.

Ferienhaus in Ostkanada (Nova Scotia) zu verkaufen

GRUNDSTÜCK: LOT 1A 10.620 m²

OZEANFRONT 126, 60 Im LAUT VERMESSUNGSPLAN

AUF DEM GRUNDSTÜCK STEHEN 3 GEBÄUDE:

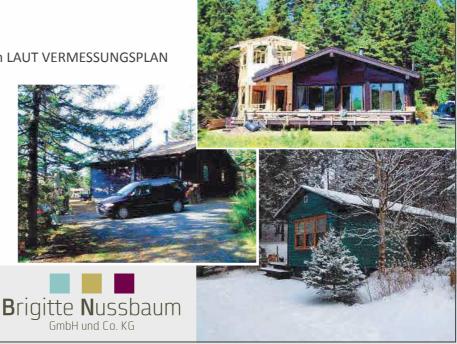
- 1. HAUS MIT TURM
- 2. GÄSTEHAUS
- 3. BOOTSSCHUPEN

GRUNDFLÄCHE HAUS OHNE ANBAU ca. 70 m² LOFT ca. 15 m² TURM 2 x 10 ca. 20 m²

HAUSWIRTSCHAFT + SCHRANKRAUM ca. 10 m²

Preis: Preisvorstellung 345.000 Euro

Emil-Haag-Straße 27 71263 Weil der Stadt Fon 07033 5266-75 info@brigitte-nussbaum.de



Nr. 1 der Krankenhauslandschaft mit 3.300 Patientenbetten entsteht

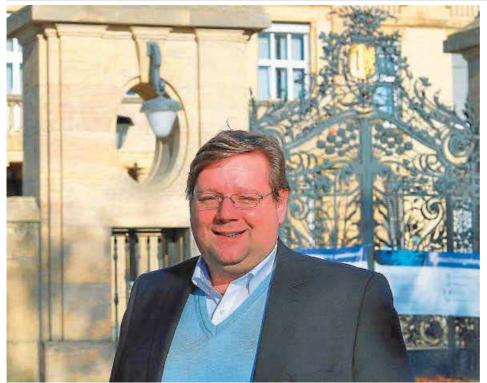


Foto: Gemeinderatsfraktion CDU Mannheim

Patienten, Mitarbeiter und die Bürger Mannheims sollen von der Fusion mit Heidelberg profitieren

Die CDU-Fraktion hat bereits seit Herbst vergangenen Jahres an einer Lösung gearbeitet, wie es gelingen kann, die Situation an der Universitätsmedizin Mannheim (UMM) dauerhaft stabil zu gestalten und dabei das Land Baden-Württemberg einzubinden. "Wir danken hier ausdrücklich unserem ehemaligen Wissenschaftsminister Prof. Peter Frankenberg (CDU) für die wichtigen Impulse, die er hierzu gesetzt hat. Bereits im Januar 2020 habe ich die Überlegung zur Schaffung einer neu aufgestellten Wissenschaftslandschaft Mannheim-Heidelberg mit einem fusionierten gemeinsamen Universitätsklinikum in der Metropolregion versucht voranzutreiben. Den Vorschlag der CDU-Fraktion habe ich in einem 4-Augen-Gespräch am 5.2.2020 an den Oberbürgermeister herangetragen. Die Entwicklung nahm dabei so schnell Fahrt auf, wie wir es nicht zu hoffen gewagt hatten. Insofern fühlen wir uns durch das jetzt erreichte Ergebnis in unserer Grundauffassung bestätigt und

begrüßen diese Entwicklung", freut sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Claudius Kranz über die Landeslösung.

Fusion sichert Arbeitsplätze und schafft Entwicklungsmöglichkeiten

Die CDU-Fraktion begrüßt daher die geplante Fusion zwischen Heidelberg und Mannheim außerordentlich. Zusammen haben die Kliniken mehr als 3300 Betten (in Heidelberg sind es aktuell 1988, in Mannheim 1352). Damit wären sie noch größer als die Berliner Charité, die an vier Standorten rund 3000 Betten hat, und somit künftig die Nummer 1 in der deutschen Krankenhauslandschaft. "Wir sehen großes Potential, wenn beide Standorte weiterentwickelt werden. Durch die Fusion und die Übernahme des Landes können die Investitionsbedarfe des UMM und insbesondere die "Neue Mitte" verwirklicht werden. Mit den regionalen und lokalen Einrichtungen wie dem Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim (ZI) und den Heidelberger Einrichtungen Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ), dem Max-Planck-Institut für Medizinische Forschung und dem Europäischen Molekularbiologie-Laboratorium (EMBL) soll eine Allianz gegründet werden. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für die Zukunft, da im medizinischen Bereich noch unzählige Entwicklungsmöglichkeiten liegen, die es zu nutzen gilt. Wir können damit auch über Deutschland hinaus eine Strahlkraft haben", berichtet Kranz

Mannheim bleibt Krankenhausstandort mit Maximalversorgung und Fakultät

"Für uns als CDU ist besonders wichtig, dass beide Krankenhäuser als Maximalversorger erhalten bleiben und dass die Beschäftigten des UMM, als auch des Heidelberger Klinikums, auf der Strecke mitgenommen werden, da jede Fusion automatisch auch Ängste verursacht. Diesen gilt es durch eine offene Kommunikation und transparente Informationen vorzubeugen. Die Interessen der Mitarbeitenden beider Kliniken müssen berücksichtigt werden und der Mannheimer Betriebsrat, später dann Personalrat, muss weiterhin umfassend beteiligt werden.

Aber auch der Wissenschaftsstandort und die Ausbildung der Mediziner in Mannheim können von einer solchen Entwicklung profitieren. Das MARECUM war und ist ein Erfolgsmodell und hat zahlreiche Nachahmer gefunden. Die Mannheimer Fakultät, deren wissenschaftlicher Erhalt außer Frage stehen darf, wird sich nunmehr auch im Medizin-Studium weiter profilieren können, gerade weil der Standort Mannheim in den letzten Jahren viel Geld in den Ausbau der Medizintechnologie gesteckt hat.

"Für den Haushalt der Stadt Mannheim muss baldmöglichst Klarheit herrschen, in welchem Umfang sich die Stadt bis zur Fusion 2021, aber auch ggf. danach finanziell wird beteiligen müssen, damit eine seriöse und zukunftsfähige Haushaltsplanung gewährleistet werden kann. Wir als CDU sind der Auffassung, dass es im gemeinsamen Schulterschluss von Politik, Wissenschaft, externen Experten und ganz wichtig, den Mitarbeitenden, gelingen wird, die Zukunft aktiv und positiv für beide Standorte zu gestalten", erklärt Kranz abschließend.

Aus der Fraktion

CDU-Fraktion lehnte zentralen Grünhof auf Spinelli ab:

Völlig falscher Standort für einen Betriebshof mit 880 Fahrtbewegungen täglich

Das Thema Betriebshöfe für unsere Grünflächen (Grünhöfe) hat für die CDU Fraktion jeher hohe Priorität. Die Mitarbeiter des neuen Eigenbetriebs Stadtraumservice, von denen wir tagtäglich bei Wind und Wetter gute Leistungen erleben und hervorragenden persönlichen Einsatz wahrnehmen können, sollen endlich adäquate Arbeitsbedingungen erhalten. Die Situation in den aktuellen Betriebshöfen ist hierbei keinesfalls zufriedenstellend. Die Verwaltung hat es seit Jahren versäumt, die Arbeitsstätten baulich so herzurichten, dass dort ein gutes und angemessenes Arbeitsklima entstehen kann.

Widerstand der Bevölkerung und der Bezirksbeiräte wird ignoriert

In der Dezembersitzung des Gemeinderates war nun die Frage nach einem geeigneten Standort zu entscheiden. "Wir als CDU-Fraktion sind der klaren Auffassung, dass mehrere Grünhöfe über die Stadt verteilt sinnvoller wären als ein zentraler Grünhof. Daher haben wir die Vorlage entsprechend abgelehnt und nochmals eindringlich darauf hingewiesen, dass hier der Widerstand der Bevölkerung und der örtlichen Bezirksbeiräte von Seiten der Stadtverwaltung ignoriert wird", ärgert sich Fraktionschef Claudius Kranz.

Betriebshof direkt neben Wohnbebauung – Konflikte vorprogrammiert

Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass man einen grünen Betriebshof direkt neben eine neue Wohnbebauung setzt, womit Konflikte schon vorprogrammiert sind. Die bereits jetzt dort wohnenden Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass ihre Argumente gehört werden. Zusätzliche 880 Fahrtbewegungen täglich von Kraftfahrzeugen und LKWs auf den sowieso schon stark belasteten Straßen ist den Bewohnern in Feudenheim, aber auch in Käfertal Süd und Wallstadt nicht zuzumuten. Bereits vor zwei Jahren hat die Verwaltung lediglich die Schaffung eines zentralen Grünhofes in Mannheim auf Spinelli geplant. Dieser zentrale Grünhof sollte, gebaut von der GBG, an der Ecke Talstraße/Wingertsbuckel in Mannheim Feudenheim im Hinblick auf das Stattfinden der Buga 2023 umgesetzt werden. Bereits zum damaligen Zeitpunkt regte sich nicht nur in der Bevölkerung vor Ort und in den angrenzenden Bezirksbeiräten Widerstand. Auch im Gemeinderat gab es damals hierfür keine Mehrheit.

Obwohl die CDU-Gemeinderatsfraktion Alternativvorschläge gemacht hat, brachte die Stadtverwaltung nun kurz vor Weihnachten eine Vorlage mit ebendiesem zentralen Betriebshof ein. Mit dem einzigen Unterschied, dass die Umsetzung nach der BUGA ab 2024 erfolgen soll. "Es ist schon verwunderlich, dass man die Vorlage ohne Vorbereitung im zuständigen Ausschuss für technische Betriebe und ohne Bürgerbeteiligung in den letzten Tagen der zuständigen Dezernentin noch schnell im Jahr 2020 verabschieden wollte", heißt es von Seiten der CDU-Stadträte.

Nach Abwägung klare Ablehnung durch die CDU

"Gerade nach der vorhandenen Vorgeschichte hätte es einer breiten Kommunikation und der Möglichkeit des Austausches mit den Bürgern und den Bürgerinitiativen gebraucht", so Kranz weiter. Daher lehnte die CDU-Fraktion folgerichtig den zentralen Grünhof auf Spinelli ab. Die linke Mehrheit im Gemeinderat hat jedoch gegen den Willen der Bevölkerung vor Ort und dem Votum des Bezirksbeirats den Bau des zentralen Betriebshof beschlossen.





Unser Baden-Württemberg-Team für die Landtagswahl steht!

"Wir haben in unseren Wahlkreisen 70 top motivierte Kandidatinnen und Kandidaten. Noch nie war das Kandidatenfeld der CDU zu einer Landtagswahl in Baden-Württemberg jünger und weiblicher", sagt der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Manuel Hagel MdL, zum Kandidatenfeld für die Landtagswahl. Gut ein Viertel der Kandidatinnen und Kandidaten sind unter 40 Jahre alt, das Durchschnittsalter liegt bei rund 47 Jahren. Der Frauenanteil liegt bei einem Drittel (zum Vergleich: Bei der Landtagswahl 2016 waren es 21,4 Prozent).

"Mit frischen Inhalten und klasse Kandidaten wollen wir Baden-Württemberg entfesseln. Wir setzen auf beste Bildung, ein sicheres Baden-Württemberg und mutige Ideen für unsere Wirtschaft. Lebendige Städte und starke ländliche Räume sind bei uns kein Widerspruch. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Stärkung des Ehrenamts stehen bei uns ganz oben auf der Agenda. Dafür stehen auch unsere Kandidaten mit ihren 70 einzigartigen Biografien.

"Unser Team für BaWü: genauso vielfältig wie unsere Heimat."

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind genauso vielfältig wie unsere schöne Heimat: Junge Starter und erfahrene Köpfe, Polizistinnen und Notfallsanitäter, Schlossermeister und Galeristin, Unternehmerinnen und Arbeitnehmer. Kurzum: einfach ein super Team",

sagt Manuel Hagel MdL. Von den amtierenden Landtagsabgeordneten treten 31 erneut an. 37 der Bewerberinnen und Bewerber treten zum ersten Mal als Erstkandidaten zur Landtagswahl an.

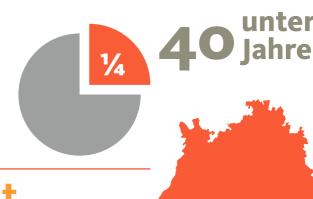
Wir sind eine echte Mitmach-Partei!

Bei den Nominierungen der CDU in den 70 Wahlkreisen waren im Durchschnitt mehr als 150 CDU-Mitglieder anwesend, um ihre Kandidatin oder ihren Kandidaten für die Landtagswahl am 14. März 2021 zu wählen. "Wir sind eine echte Mitmach-Partei! Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind aus der Mitte der Gesellschaft gewählt. Das zeigt auch einmal mehr: Die CDU ist die Volkspartei. Und wir sind ganz nah dran an den Menschen in unseren Wahlkreisen", so Generalsekretär Manuel Hagel MdL.

70 mal Power für BaWü



und 47 Jahre Altersunterschied liegen auch zwischen dem jüngsten und ältesten Kandidaten



100 Prozent Motivation

22 starke Frauen

Unsere 70 Kandidatinnen und Kandidaten für Sie im Überblick:



RUTH SCHAGEMANN WK 01 Stuttgart I 46 Jahre Architektin



DR. SUSANNE EISENMANN WK 02 Stuttgart II 56 Jahre Ministerin für Kultus, Jugend und Sport



DR. REINHARD LÖFFLER WK 03 Stuttgart III 66 Jahre Rechtsanwalt



ROLAND SCHMID WK 04 Stuttgart IV 64 Jahre Rechtsanwalt



MATTHIAS MILLER WK 05 Böblingen 29 Jahre Notarassessor



SABINE KURTZ WK 06 Leonberg 59 Jahre Landtagsabgeordnete



ANDREAS DEUSCHLE WK 07 Esslingen 42 Jahre Rechtsanwalt, Landtagsabgeordneter



DR. NATALIE PFAU-WELLER WK 08 Kirchheim 33 Jahre Wissenschaftliche Mitarbeiterin



THADDÄUS KUNZMANN
WK 09 Nürtingen
57 Jahre
Demografiebeauftragter
des Landes
Baden-Württemberg



SARAH SCHWEIZER WK 10 Göppingen 37 Jahre Rechtsanwältin



NICOLE RAZAVI WK 11 Geislingen 55 Jahre Landtagsabgeordnete



ANDREA WECHSLER WK 12 Ludwigsburg 43 Jahre Professorin für Wirtschaftsprivatrecht

PROF. DR.



EPPLEWK 13 Vaihingen
57 Jahre
Schlossermeister,
Landtagsabgeordneter

KONRAD



WK 14 Bietigheim-Bissingen 35 Jahre Unternehmer, KfZ-Techniker-Meister, Betriebswirt (M.A.)

TOBIAS



LOREK
WK 15 Waiblingen
43 Jahre
Polizeioberrat a.D.,
Landtagsabgeordneter

SIEGFRIED



CHRISTIAN GEHRING WK 16 Schorndorf 42 Jahre Kriminalhauptkommissar

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten



GEORG DEVRIKISWK 17 Backnang
39 Jahre
Bankkaufmann



THOMAS STROBL WK 18 Heilbronn 60 Jahre Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration



DR. MICHAEL PREUSCH WK 19 Eppingen 45 Jahre Arzt



ISABELL HUBER WK 20 Neckarsulm 33 Jahre Master of Arts Public Management, Landtagsabgeordnete



ARNULF VON EYB WK 21 Hohenlohe 66 Jahre Rechtsanwalt, Landtagsabgeordneter



ISABELL RATHGEB WK 22 Schwäbisch Hall 40 Jahre Diplom-Betriebswirtin (BA)



PROF. DR. WOLFGANG REINHART WK 23 Main-Tauber 64 Jahre Rechtsanwalt, Landtagsabgeordneter



MAGNUS WELSCH WK 24 Heidenheim 30 Jahre Regierungsrat, Volljurist



TIM BÜCKNERWK 25 Schwäbisch
Gmünd
37 Jahre
Jurist,
Kreisgeschäftsführer



WINFRIED MACK WK 26 Aalen 55 Jahre Landtagsabgeordneter



DR. RAHSAN DOGAN WK 27 Karlsruhe I 45 Jahre Rechtsanwältin



KATRIN SCHÜTZ WK 28 Karlsruhe II 53 Jahre Staatssekretärin



WLLI
HOCKENBERGER
WK 29 Bruchsal
64 Jahre
Landtagsabgeordneter



ANSGAR MAYR WK 30 Bretten 48 Jahre Diplom-Betriebswirt (BA)



CHRISTINE
NEUMANNMARTIN
WK 31 Ettlingen
34 Jahre
Master of Arts
Erwachsenenbildung,
Landtagsabgeordnete



DR. ALEXANDER
BECKER
WK 32 Rastatt
48 Jahre
Landtagsabgeordneter



WALD
WK 33 Baden-Baden
47 Jahre
Diplom-Betriebswirt
(FH), Landtagsabgeordneter

TOBIAS



BOTO WK 34 Heidelberg 46 Jahre Controllerin

ANJA

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten



LENNART CHRIST WK 35 Mannheim I 23 Jahre Maschinenbau-Ingenieur



PROF. DR. ALFRIED WIECZOREK WK 36 Mannheim II 66 Jahre Generaldirektor a. D.



CHRISTIANE STAAB WK 37 Wiesloch 52 Jahre Bürgermeisterin



PETER HAUK
WK 38
Neckar-Odenwald
60 Jahre
Minister für
Ländlichen Raum und
Verbraucherschutz,
MdL, Dipl.-Forstwirt



JULIA PHILIPPI WK 39 Weinheim 58 Jahre Galeristin, Landtagsabgeordnete



ANDREAS STURM WK 40 Schwetzingen 34 Jahre Studienrat



DR. ALBRECHT SCHÜTTE WK 41 Sinsheim 50 Jahre Dipl.-Phys. (ETH)



PHILIPP DÖRFLINGER WK 42 Pforzheim 24 Jahre Geschäftsführer



THOMAS BLENKE WK 43 Calw 60 Jahre Volljurist, Landtagsabgeordneter



PHILIPPE A. SINGER WK 44 Enz 41 Jahre Rechtsanwalt



KATRIN SCHINDELE WK 45 Freudenstadt 33 Jahre Entwicklungsingenieurin



MANUEL HERDER WK 46 Freiburg I 54 Jahre Verleger



DR. ARNDT MICHAEL WK 47 Freiburg II 45 Jahre Jurist, Politikwissenschaftler



RAPP
WK 48 Breisgau
52 Jahre
Diplom-Forstwirt,
Landtagsabgeordneter

DR. PATRICK



JUTTA ZEISSET WK 49 Emmendingen 40 Jahre Unternehmerin



GENTGES
WK 50 Lahr
49 Jahre
Rechtsanwältin,
Fachanwältin für
Arbeitsrecht, Landtagsabgeordnete

MARION



VOLKER SCHEBESTA WK 51 Offenburg 49 Jahre Rechtsanwalt (Zulassung ruht), Landtagsabgeordneter, Staatssekretär



WILLI STÄCHELE WK 52 Kehl 69 Jahre Jurist, Landtagsabgeordneter

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten



STEFAN TEUFEL WK 53 Rottweil 48 Jahre Betriebswirt GA / Industriekaufmann, Landtagsabgeordneter



RAPHAEL RABE
WK 54 Villingen-Schwenningen
29 Jahre
Kaufmann für
Versicherungen und
Finanzen



WK 55 Tuttlingen-Donaueschingen
59 Jahre
Minster der Justiz
und für Europa, Landtagsabgeordneter



LEVIN EISENMANN WK 56 Konstanz 23 Jahre Student der Rechtswissenschaft



TOBIAS HERRMANN WK 57 Singen 48 Jahre Gymnasiallehrer, Abteilungsleiter



CHRISTOF NITZ WK 58 Lörrach 56 Jahre Bürgermeister a.D., Dozent, Geschäftsführer



SABINE HARTMANN-MÜLLER WK 59 Waldshut 58 Jahre Landtagsabgeordnete



FRANK GLAUNSINGER WK 60 Reutlingen 56 Jahre Notfallsanitäter



MANUEL HAILFINGER WK 61 Hechingen-Münsingen 38 Jahre Justiziar



DIANA ARNOLD WK 62 Tübingen 38 Jahre Polizistin



DR. NICOLE HOFFMEISTER-KRAUT
WK 63 Balingen
48 Jahre
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und
Wohnungsbau, MdL



DR. THOMAS KIENLE WK 64 Ulm 54 Jahre Rechtsanwalt



MANUEL HAGEL WK 65 Ehingen 32 Jahre Landtagsabgeordneter



THOMAS DÖRFLINGER WK 66 Biberach 51 Jahre Diplom-Betriebswirt (FH), Landtagsabgeordneter



DOMINIQUE EMERICH WK 67 Bodensee 38 Jahre Rechtsanwältin



RAIMUND HASER WK 68 Wangen 45 Jahre Landtagsabgeordneter



AUGUST SCHULER WK 69 Ravensburg 63 Jahre Landtagsabgeordneter, selbständiger Geologe und Gastronom



KLAUS BURGER WK 70 Sigmaringen 62 Jahre Bankkaufmann, Geschäftsstellenleiter, Landtagsabgeordneter

Unser Regierungsprogramm

Mit 100 konkreten Punkten wollen wir Baden-Württemberg entfesseln! Mit neuer Kraft und neuer Energie. Für neue Ideen in einer neuen Zeit. Die Landtagswahl 2021 steht im Zeichen der Krise. Die Corona-Pandemie hat unser Land im Griff und fast alle Lebensbereiche sind betroffen: Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildung und Betreuung, Digitalisierung und Innovation. Zusammen mit anderen Herausforderungen - vom Klimawandel über die Transformation unserer Wirtschaft bis hin zu Kriminalität und Zuwanderung - sorgt die Corona-Krise für Ängste und Befürchtungen. Die Aufgabe der Politik ist in diesen Zeiten klar: Mut machen. Mit einer klaren Vorstellung von morgen. Und mit konkreten Konzepten für praktische

"Wahlkampf findet bei uns dieses Jahr auf allen Kanälen statt. So werden auch alte Formate neu gedacht und kommuniziert."

All diese Themen haben wir als CDU Baden-Württemberg in unserem neuen Regierungsprogramm zusammengefasst. Und uns dabei auf die wesentlichen 100 Punkte fokussiert.

Noch digitaler, noch vielfältiger

Bei unserem Regierungsprogramm sind wir bereits bei der Erarbeitung neue Wege gegangen. Wir haben Grundzüge des Programms schon zu einem frühen Zeitpunkt bei unseren digitalen Themenkonferenzen, den digitalen Themenwochen auf Social Media und bei unseren Programmarenen diskutiert. Und auch beim letzten Schritt, beim Layout, sind wir neue Wege gegangen. Unser Programm ist mit zahlreichen QR-Codes gespickt und lässt Sie damit noch einmal auf eine neue Weise in das Programm eintauchen. Einfach abscannen und reinschauen! Das funktioniert sowohl mit der gedruckten Version als auch mit unserem E-Paper.



Tauchen Sie ein in unser Wahlprogramm

Das Regierungsprogramm können Sie ab sofort unter www.cdu-bw/regierungsprogramm als ePaper und barrierefreie Version downloaden. Viel Vergnügen dabei!



Herausgeber: CDU Baden-Württemberg Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15 E-Mail: service@cdu-bw.de

Verantwortlich Landesteil:

Philipp Müller, Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg Heilbronner Str. 43, 70191 Stuttgart Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15 E-Mail: presse@cdu-bw.de

Verantwortlich Kreisteil:

CDU-Kreisverband Mannheim Mareike Pilz

E-Mail: mareike.pilz@cdumannheim.de

Bezugspreis: UNION intern ist das offizielle Mitgliedermagazin des Kreisverbandes Mannheim. Es erscheint viermal im Jahr und wird allen Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft ohne gesonderte Bezugsgebühr geliefert.

Verlag, Gesamtherstellung und

Anzeigenverwaltung: Klaus Nussbaum, Geschäftsführer Nussbaum Medien Weil der Stadt GmbH & Co. KG Opelstraße 29, 68789 St. Leon-Rot Tel.: 06227 873-0, Fax: 06227 873-190 E-Mail: rot@nussbaum-medien.de

Schlusspunkt des Generalsekretärs

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

mehr als ein Kilometer Kabel, 67 Schweinwerfer, eine Tonne Gesamtlast an Deckenscheinwerfern, vier Kameras und nur rund 50 Menschen in einer Halle, die eigentlich 2.100 Personen fasst - in Zeiten von Corona sieht der Aufbau für einen Parteitag ganz anders als gewohnt aus. Normalerweise ist so ein Parteitag für uns immer ein großes Familientreffen. Wir kommen aus allen Regionen des Landes in einer großen Halle zusammen. Wir freuen uns. altbekannte Gesichter wieder zu sehen und der Austausch beim bunten Abend darf nicht fehlen. Ich hätte mich wie viele von Ihnen gefreut, wenn wir unseren Parteitag im Januar ganz klassisch in Präsenz und miteinander abgehalten hätten. An erster Stelle steht aber für uns der Infektionsschutz. Und damit ist in dieser Pandemie digital das neue Normal – auch bei unserem Landesparteitag.

Die digitale Premiere war ein Erfolg. Wir haben gezeigt: Die CDU Baden-Württemberg kann digital. Hinter diese Aussage haben wir mit unserem digitalen Landesparteitag nochmal ein dickes Ausrufezeichen gesetzt. Mein herzlicher Dank geht an dieser Stelle an das tolle Team der Landesgeschäftsstelle und unseren Landesgeschäftsführer Philipp Müller, die Großartiges geleistet haben.

Neue Ideen für eine neue Zeit

Ausrufezeichen setzen wir auch inhaltlich mit der Verabschiedung unseres 100 Punkte Programms für Baden-Württemberg. Mit grandiosen 100 Prozent Zustimmung haben wir unser Regierungsprogramm bei unserem digitalen Parteitag beschlossen. Wir wollen Baden-Württemberg entfesseln. Mit neuer Kraft und neuer Energie. Mit neuen Ideen für eine neue Zeit. Mit Susanne Eisenmann an der Spitze. Als Volkspartei haben wir unser Programm breit angelegt – von A wie Arbeitswelt bis Z wie Zukunft. Aber auf zwei Themen will ich an dieser Stelle besonders eingehen: Unsere Hightech-Agenda und unser Familienprogramm.

Wissenschaft und Forschung sind ganz wesentlich für einen wirtschaftlichen Spitzenplatz in Zukunft für unser Land. Und in diesem Bereich haben wir einiges vorzuweisen: vier von elf Exzellenzuniversitäten sind bei uns zu Hause. Mit mehr als 100 Forschungseinrichtungen sind wir ein international herausragender Wissenschaftsstandort. Wir haben den Anspruch, diesen Spitzenplatz zu stärken und weiter auszubauen. Mit einer Hightech-Agenda wollen wir dafür sorgen, dass der Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg weiter an Innovationskraft gewinnt. Schlüsseltechnologien und Zukunftsfelder wie Informationstechnik, Maschinelles Lernen, Quantentechnologie sowie Bio- und Lebenswissenschaften wollen wir mit einem Zukunftsprogramm von 500 Millionen Euro gezielt fördern und ausbauen. Dabei wollen wir auch Spitzenforscherinnen und -forscher für Baden-Württemberg gewinnen. Allein im Bereich der Künstlichen Intelligenz-Forschung wollen wir daher 50 neue Professuren einrichten. Zudem sehen wir großes Wachstumspotential bei der Nutzung von Wasserstoff und in Verfahren der Bioökonomie.

Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt von starken Familien ab. Überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen, werden Mitmenschlichkeit, Zuneigung und Zusammenhalt gelebt - Nächstenliebe im besten Sinne unseres christlichen Menschenbilds. Familien zu stärken bedeutet deswegen unsere Gesellschaft zu stärken. Deshalb machen wir uns stark für ein Familiengeld. Beim Ersterwerb eines neuen Zuhauses wollen wir die Grunderwerbsteuer komplett abschaffen. So ermöglichen wir jungen Familien den Traum von den eigenen vier Wänden. Wir bauen die Betreuungsangebote flexibel, verlässlich und passgenau aus. Damit schaffen wir echte Wahlfreiheit für alle Familien.

Vollgas bis zum 14. März

Lassen Sie uns zusammen für unsere CDU und unsere Ideen für Baden-Württemberg kämpfen. Lassen Sie uns die letzten Wochen bis zur Wahl alles geben. Denn für ein starkes Ergebnis für unsere CDU brauchen wir Sie! Jede und Jeden Einzelnen.

In Zeiten von Corona ist klar: Wahlkampf geht nur mit einem klaren Blick auf Abstände und Hygiene.

Aber das heißt nicht, dass wir auf Wahlkampf verzichten, sondern, dass wir Wahlkampf anders, besser machen. Wenn die Pandemie keinen echten Haustürwahlkampf zulässt, gehen wir trotzdem raus und verteilen Türanhänger, Aufkleber oder Flyer – alles unter Einhaltung des Infektionsschutzes. Wir machen keinen Marktstand mit zehn Personen, sondern viele kleine dezentrale Stände in Gebieten mit hohem CDU-Wählerpotential. Lassen Sie uns die letzten Wochen bis zur Wahl hoch motiviert nutzen.

Wir haben alle Chancen. Da bin ich mir sicher. Wir machen uns dafür stark, dass wir als CDU ein starkes Ergebnis einfahren und mit Dr. Susanne Eisenmann die erste Ministerpräsidentin in der Geschichte des Landes stellen.

Ich freue mich auf den Endspurt mit Ihnen! Packen wir es gemeinsam an!

Herzliche Grüße

11 / 10

Manuel Hagel MdL Generalsekretär



Jetzt sicher per Brief wählen!

MIT NEUEN IDEEN FÜR EINE NEUE ZEIT!

AM 14. MÄRZ 2021 IST LANDTAGSWAHL. SIE HABEN DIE WAHL!

Ihre Stimme für die





